

pM
BLogbuch III
Herbst 2024

Juli 2024

01.07.

Der großrussische Staat weist zwar durchaus gewisse Ähnlichkeiten mit 'westlichen' Staaten auf. Er gleicht darin aber eher einem westlichen Staatsgefängnis mit wechselndem Aufsichtspersonal und Gefängnisordnungen.

Interview

Militärökonom Keupp: **»Die Zeit läuft gegen Rußland«**. Wenn zutrifft, was Keupp errechnet hat, ergäbe sich daraus ein zusätzlicher Grund dafür, warum der 'Westen' 'die' Ukraine so spärlich mit Waffen beliefert: etwa, weil er annehmen konnte, daß Putin bald die Luft ausgehen wird? ...kein realistisches Szenario!

07.07.

Lektüren:

Ilko-Sascha KOWALCZUK, *Ulbricht I:*

(318) **»Wenn in einer Organisation nur ein Fünftel Industriearbeiter seien, so Ulbricht, so müßte "ihnen trotzdem der stärkste Einfluß gesichert werden"«**,

Ulbricht auf einem Bezirksparteitag der KPD 1922;

(Walter Ulbricht: Zur Frage des demokratischen Sozialismus, in: *Die Internationale*, 1925, 758.)

Arbeiterfetischismus 'von oben' mit den Industriearbeitern als Hebel zur Erringung und Bewahrung der Herrschaft der Neuen Bourgeoisie!

»Man müsse, so Ulbricht in einem Vortrag, die SPD darin kopieren [sic!], die Gewerkschaften als Hebel zu benutzen, um an die Industriearbeiter heranzukommen.«

An dieses Verfahren hat sich in späteren Zeiten auch die wessi-deutsche ML gehalten!

Die KP's hatten die Gewerkschaften unterwandern sollen, d.h...

...als nächstes müsse es darum gehen, **»innerhalb der bestehenden Gewerkschaften kommunistische Fraktionen zu bilden, um über die Gewerkschaften an die Arbeitermassen heranzukommen«**.

Die KPD als 'leninistische' SPD?!

(319) **»Ohne diesen Transmissionsriemen können wir | nicht reagieren.«** (Lenin: 'Rede über den wirtschaftlichen Aufbau', in: ders. LW Bd. 30. Berlin 1961).

Auf der zweiten Organisationskonferenz des EKKI vom 10.-17. Februar 1926 fordert Ulbricht alle Kommunisten auf, daß sie **»auch Mitglied einer Gewerkschaft sein müßten, um die Gewerkschaften zu unterwandern. Gewerkschaften als Transmissionsriemen kommunistischer Einflußnahme.«** (319-324 Fn. 209)

(327) »Das, was sich ab Mitte der 1930er Jahre in einen mörderischen Bluttausch verwandeln sollte, war in der Komintern und ihren Ländersektionen Mitte der 20er Jahre als Säule der politischen Kultur und des Umgangs miteinander fest installiert.«

10.07.

EM als Stellvertreterkrieg des 'Globalen Südens' gegen den 'weißen' 'Westen'? Worin 'Anti-imperialismus' und Faschismus eine zukunftssträchtige Symbiose eingehen: der 'Wolfsgruß' der türkischen Fans und der in den Himmel gestreckte Zeigefinger eines deutschen Spielers!

Der 07.10.2023 hatte für sie der Auftakt zum Krieg gegen 'die Juden' und den Staat Israel sein sollen, durch dessen Vernichtung die Herrschaft des Imperialismus über den 'Nahen Osten' entscheidend geschwächt werden würde.

12.07.

Putins 'stalinistisches' Zarentum im Stil Iwan Groznys...!

Überlegungen zur Wiederaufnahme meines Vorschlags zu einem 'Ukraine-Tribunal'. Zwar ist die anti-imperialistische Studentenbewegung Geschichte – die Geschichte einer verpaßten Gelegenheit, die von ihren Hauptfeinden weidlich ausgeschlachtet wurde! Der 'Marxismus' ist nicht Geschichte; vielmehr ist er zur Reserve der Axe geworden. Geschichte ist auch der vergebliche Versuch geblieben, die 'Wiedervereinigung' auf das Gebiet der Marx'schen Theorie auszudehnen. Ungeachtet dessen, daß diese Wiedervereinigung, allerdings unter der Ägide Moskaus, in der westdeutschen Linken doch eigentlich längst stattgefunden hatte. (Einige wenige MLer und Anarchos ausgenommen! Aber auch deren Renitenz, sich von Moskau nicht einkaufen zu lassen, erwies sich meistens als zweischneidiges Schwert!) Die sog. 'Nationale Frage', die in Deutschland als Problem neben der 'Klassenfrage' auf der Straße lag ('Diktat von Versailles'), konnte, einige wenige eisern entschlossene Leninisten ausgenommen, noch nie jemanden hinter dem Ofen hervorlocken! Außerdem war 'der Marxismus' eine von grundauf moskowitzische Angelegenheit, während heute der Islamismus der Faschismus des 21. Jahrhunderts ist! Bei Maybrit Illner erinnert sich der ZDF-Journalist Klaus Kleber aus der Zeit von '68' noch lebhaft an seine Teilnahme an der Bonner Anti-Raketen-Demonstration, er müsse sich aber heute eingestehen: '...allerdings auf der falschen Seite!' (Das Gegenargument, das auf einem Flugblatt mit der Überschrift '...warum wir nicht nach Bonn fahren!', zu finden ist, stammte von einer allem Anschein nach ziemlich abwegig argumentierenden 'ML-Sekte!') In der Anti-Kriegsbewegung war Konsens, daß die Verteidigung des 'Westens' am Fulda Gap in Wirklichkeit 'den Krieg gegen die Sowjetunion' befeuern werde, während eine weniger pro-sowjetische Minderheit ge-

genüber dem mainstream der 'Friedensbewegung' zumindest zu bedenken gab, daß 'die Amis' das Fulda Gap wohl eher als einen Stolperdraht für die Warschauer-Pakt-Truppen aufgespannt hätten, an dem West-Deutschland dann allerdings zu tode 'verteidigt' werde. Von Nutzen könnte das 'Stolperdraht'-Argument auch heute noch für diejenigen sein, die die Verteidigung der staatlichen Souveränität 'der' Ukrainischen Nation gegen den faschistischen Aggressor zu einem 'Stolperdraht' gegen Putins drohende Angriffe auf (Ost-)Mittel-europa und den 'Westen' verharmlosen wollen. Und in der Tat, eine kaum andere Rolle hat 'die' Ukraine seit dem 24.02.2022 für Letzteren auch bisher nicht gespielt! Die Scholz-Regierung hat immer nur soviel 'liefern' wollen, wie ihrer Ansicht nach für die Verteidigung 'der' Ukraine (und die Auftragsbücher der deutschen Rüstungsfirmen) sinnvoll und erforderlich gewesen ist. Einige wenige Länder (wie die der Skandinavien und der Balten waren sehr viel freigiebiger und entschiedener. Einen Sieg der Ukrainer im anti-faschistischen Befreiungskrieg gegen Rußland wollte der – in der doppelten Bedeutung – 'Ost-Politiker' Scholz möglichst vermeiden (bzw. Putins endgültige Niederlage)! Hier kann Scholz auf die US-amerikanische Schutzmacht verweisen, die ihrerseits keinen Atomkrieg um Europa provozieren möchte. Wer aber Europa nur allzu gerne in einen Atomkrieg gegen die Russische Föderation hetzen würde, das ist Putins Rußland selbst. So gesehen stünde die 'Zeitenwende' nach der Washingtoner Nato-Konferenz erst noch bevor. (NATO-Gipfel vom 09.-11.07.2024 in Washington anlässlich von '75 Jahre NATO'.)

Die DDR, an der die Wessi-Linken immer problemlos hatten andocken können, um sich gegenüber dem 'westdeutschen Imperialismus' relativ sicher zu fühlen, existiert nicht mehr. Putin schützt nur 'seine' Leute und alle, die für ihn 'arbeiten'. Thüringen: Scheinauseinandersetzung des linken mit dem rechten Putinismus. Wie allerdings das christliche 'Zentrum' mit den linken Putinisten à la BSW koalieren wollen soll, ist mir ein Rätsel!

(Vgl. BLogbuch II Mai 2024 vom 03.05.)

13.07.

FAZ: **"Wir können die AfD mit Höcke stoppen"** Mario Vogt im Interview (13.07):

Die Marxsche Partei unterscheidet sich von bürgerlichen Parteien u.a. darin, daß die einen ihr Programm an politische Konstellationen (Bismarcks 'cauchemar des coalitions'), die anderen ihre Politik an ihr revolutionäres Programm anpassen. Diesem Anpassungsprozeß muß nicht in jedem Fall der 'Sturm auf das Winterpalais' vorausgegangen sein...

Lektüren:

Ilko-Sascha KOWALCZUK, *Ulbricht I* (335 ff.):

Sozialstruktur der KPD anlässlich des 11. Parteitags 1927: zehn Prozent Handwerker, Zwei Industriearbeiter, vier Prozent Gewerkschafter, 35% Bauern. Volksschule: 35%, 80% Hausfrauen. Die Hälfte der Parteimitglieder in Betriebszellen oder Straßenzellen organisiert. Die

Mehrheit der in der KPD organisierten Arbeiter stammt aus Großbetrieben mit einem wachsenden Anteil von Angestellten.

(336) **»So wie Marx und darauf aufbauend Trotzki die Idee von der permanenten Revolution entwickelt hatten, so führte Stalin diesen Gedanken auf die Verhältnisse im eigenen Land zurück und schuf eine "permanente Mobilisierung": sein System übertrug parteiinterne Abläufe und Mechanismen auf die gesamte Gesellschaft.«**

(337) Die Mechanismen der Repressionsspirale: **»Drohung–Ausschluß–Vertreibung–Terror–Massenterror«**, Repressionen, die sich zumeist um taktische Differenzen drehten, als Kampf zwischen verschiedenen Netzwerken innerhalb der Partei.

Die Geschichte der Partei Marx hätte dagegen anders auszusehen: Weltrevolution, Programm plus Kommunismus in dem jeweiligen Land plus Klassenkampf International (KKI).

Die von der Forschung angenommene ultralinke Wende innerhalb der KPD entsprach nach Kowalczyk in ihrer Erscheinungsform den internationalen und nationalen Konkurrenzkämpfen und befand sich im Konflikt mit dem Proletarischen Internationalismus. In der Sozialdemokratie hätten noch konkurrierende Positionen ausgefochten werden können;

...auch noch *nach* dem Gothaer Parteitag 1876?

...in der KPD sei das grundsätzlich nicht mehr der Fall gewesen.

Die Geschichtsauffassung d.A.s unterscheidet sich teilweise von der Marx-Engelschen: aber eine Geschichte der Klassenkämpfe auf der Grundlage der materialistischen Geschichtsauffassung ist seit M.u.E. auch nicht mehr geschrieben worden. (Vgl. Karl Marx: Kritik des Gothaer Programms. Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei; MEW 19, 15-32).

»Walter Ulbricht stand im Zentrum dieses Prozesses, ohne eine Schlüsselfigur wie Ernst Thälman oder Heinz Neumann zu sein.«

Ulbricht stand Ende der 20er Jahre noch als graue Eminenz Stalins weit hinter Thälmann in der Zweiten Reihe. Das Kernthema in Ulbrichts internen Vorträgen vor den Kadern der Partei:

»...wie die Gewerkschaften von Kommunisten im Sinne ihrer Ziele beeinflusst werden könnten«. Ulbricht war Rezensent, Instrukteur, Broschüren-Autor. Seine erste allein von ihm geschriebene Broschüre aus dem Jahr 1927:

(338) *Aktuelle Fragen der Gewerkschaftsbewegung*. Darin erklärt er, daß der **"soziale Kampf"** um Lohnerhöhungen und den Achtsturentag **"ein politischer sei"** und warum Reformisten wie Hilferding mit ihrem 'organisierten Kapitalismus' zu bekämpfen sind. Ihre Arbeit in den Wirtschaftsapparaten, in den Trusts und Aufsichtsräten sei sinnlos. Ulbricht: **»Eine Kontrolle der Wirtschaft sei nur möglich, wenn die Arbeiter dereinst, bewaffnet selbstverständlich, die Kartelle und Trusts übernehmen«**. (*Der Kampf gegen Bürgerblock- und Trustherrschaft*, in: Die Internationale (10 1927 22: 720-723): Durch die relative Stabilisierung würden die Klassenkämpfe verschärft. Von daher sei der Kampf gegen SPD und Gewerkschaften zu führen, von denen die Klassenkämpfe torpediert werden. 1928 befindet

sich Ulbricht auf dem Parteitag der KPD im Ruhrgebiet, wo er gegen den linken Hyperradikalismus Jacob Walchers auftritt: **»Das Problem sei, daß die Masse der qualifizierten Arbeiter mehrheitlich den Reformisten in SPD und Gewerkschaften folge. Daher, so Ulbricht, müßte die KPD sich stärker auf die schlecht bezahlten Arbeiter konzentrieren.«** (siehe: Anmerkungen zu den Seiten 338-341: Fn. 71) **»Das wichtigste müsse sein, die Hauptkraft der Partei in die Betriebe und Gewerkschaften zu verlagern: "Jeder Genosse muß sich bewußt sein, daß es nicht genügt, über den Verrat der Reformisten zu reden, wir müssen lernen, die Kräfte der Arbeiter so zu organisieren, daß wir mit Hilfe starker Zellen, mit Hilfe eines weiten Kreises von Sympathisierenden in den Betrieben im Falle der Kampfsabotage durch die Gewerkschaftsbureaukratie die Mehrheit der Belegschaft für den Kampf gewinnen."«** Da sich, so W.U., durch die relative Stabilisierung die Klassenkämpfe verschärften, sei vor allem der Kampf gegen die SPD und die Gewerkschaften als Haupthindernisse zur Gewinnung der Arbeiterklasse für die Revolution zu führen.

1. Wenn sich W.U. einzig und allein darauf beschränkt, die Arbeiter für seine Sache "gewinnen" zu wollen, ist das sektiererisch!
2. Ökonomischer Kampf ohne die Bestimmung seines Verhältnisses zur *Politik* wäre noch für Lenin der reine 'Ökonomismus' gewesen.
3. Zusammengenommen bedeutet beides, daß die von den Ökonomen hoch gerühmte 'Arbeiterklasse' nicht Herrin des Verfahrens ist, sondern viel mehr deren Objekt (worüber, wie in jedem Bourgeois-Staat, so auch hier, 'übergeordnete Instanzen' entscheiden, die über das Proletariat herrschen – was ihnen in den meisten Fällen auch gelingt). Dagegen ist es für Ulbricht von untergeordneter Bedeutung, daß SPDisten und Gewerkschaftsreformisten Teil des Bourgeois-Staats sind.
4. Das sind die Stalinschen Bolschewiki – ja auf ihre Weise – auch! Die Leninsche Kritik am Ökonomismus hatte in letzter Instanz der Stabilisierung des Sowjetstaates zu dienen und dazu beizutragen, die Stabilisierung und Weiterentwicklung der bereits bestehenden kommunistischen Produktionsformen, wie der *commune rurale* in der russischen Dorfgemeinde zu unterlaufen und diese so schnell wie möglich zu liquidieren. (Ausdruck dessen war u.a. die Adaptation des Begriffs: *sovet* (= Ratschlag, Beratung der Dorfgemeinde) durch die Bolschewiki, wo die in Verbindung mit einem, so Lenin, "leicht mit Sowjetöl gesalbten" Staatsapparat die widerstrebenden revolutionären Arbeiter und Bauern in das staatliche System integriert werden sollten, was Anfang der 30er Jahre mit dem in 'der' Ukraine staatlich organisierten *Holodomor* auf besonders brutale Weise geschah!) Durch diese 'Revolution von oben' sollten von den Bolschewiki v.a. durch das Hochziehen der landwirtschaftlichen Exportwirtschaft in erster Linie höhere Staatseinnahmen generiert werden, um die SU als reinen Industriestaat aufzubauen, und darin eine starke industrielle Arbeiterklasse entstehen zu lassen.
5. M.u.E. waren sich Anfang der 80er Jahre nicht schlüssig gewesen, in welchem Umfang die in Rußland überlebt habende *commune rurale* der kapitalistischen Entwicklung aus dem 'Westen', auf die Lenin später voll und ganz gesetzt hatte, zu ihren Leb-

zeiten bereits zum Opfer gefallen war. Solange das für ihn unklar blieb, hatte Marx geschwiegen – seine theoretische Skizze in einem Brief an eine russische Revolutionärin war die Ausnahme geblieben –, während für Engels die *commune rurale* bereits nur noch durch die Revolution in Rußland zu retten gewesen war. (Was dann auch geschah. Nur durch welche Revolution? Die bürgerliche, die proletarische, die kommunistische? Aber die Einführung der NEP (Neue Ökonomische Politik) hatte Lenin bereits gezeigt, daß die *commune rurale* am angeblichen Starrsinn der Mitglieder der Dorfgemeinde, die an bestimmten Formen des Kommunismus festhalten wollten und auf der anderen Seite an der Cleverness der Kulaken (den kapitalistischen Mitgliedern der Dorfgemeinde), die sich geschickt an das Leninsche Sowjetsystem anzupassen lernten, als 'sozialer Atavismus' zwangsläufig gescheitert sei und die *commune rurale* daher durch Lenins 'Sowjetmacht' zu liquidieren war. Am Ende blieb für ihn durch die Einführung des staatlich organisierten "Genossenschaftswesens", – in einem Staat, der bisher lediglich eine leicht 'westlich' europäisierte orientalische Despotie gekannt hatte –, als einziger Ausweg nur noch der 'sozialistische' Weg in die landwirtschaftliche Exportwirtschaft auf 'sozialistisch' übrig blieb –, worin sowohl Marx als auch die *commune rurale* negativ bestätigt wurden.

(339) Zurück zu Ulbricht: Durch die Stabilisierung des Kapitalismus seien die Arbeiter für den bewaffneten Aufstand immer weniger bereit, während die SPD ihre Scheinopposition ausbaue.

Politisch versteht sich die KPD als eine reine Konkurrenzorganisation zur SPD. Ihr Staatssozialismus unterscheidet sich von dem der SPD allein in der durch die jeweilige darin vorausgesetzte (kapitalistische bzw. 'kommunistische') Besonderheit des Staates und die durch ihn über die Arbeiterklasse ausgeübte 'Schirmherrschaft'.

(340) W.U.: Daher keine Konzessionen an Reformisten und Trusts! Als Berufsrevolutionär pendelt er zwischen dem Ruhrgebiet, Berlin und Moskau hin und her. Er hatte seit **»seiner Rückkehr aus Moskau im Frühsommer 1926 erheblich an Profil und Selbstvertrauen gewonnen. Er wußte um seine gute Position in Moskau, hatte in Thälmann mittlerweile einen gewichtigen Fürsprecher gewonnen, bei den Parteiwahlen auf dem Essener Parteitag gut abgeschnitten und sich als Experte für Organisations-, Agitations- und Propagandafragen sowie als Instrukteur in fast allen KPD-Bezirken eine ansehnliche Tätigkeitsbreite erarbeitet«**. Ulbricht wird zu den großen Streiks in Mitteldeutschland, im Ruhrgebiet und nach Sachsen entsandt, wo er als ZK-Beauftragter tätig ist und die Einheitsgespräche mit SPD und Gewerkschaften koordiniert. Von Thälmann wird er in die 'oppositionellen' Bezirke geschickt, um dort noch vorhandene Mehrheiten gegen die Politik der Parteispitze zu brechen. **»Dabei schlug ihm oftmals harter Gegenwind ins Gesicht.«**

(341) Im Jahr 1927, 10 Jahre nach dem Roten Oktober, **»wandten sich Stalin und Bucharin an das Parteivolk und legten dar, wie Trotzki und in seinem Gefolge Sinowjew den Lenismus und damit die Revolution verraten hätten«**.

Ich kann mich der von Kowalczuk verwendeten Bezeichnung der Oktoberrevolution als »bolschewistischen Putsch« nicht anschließen, wenn dabei nicht zugleich die Geschichte der Zerstörung der *commune rurale* durch den 'westlichen' Kapitalismus als revolutionärem Hauptwiderspruch und erst danach der Gegensatz der russischen Arbeiterklasse gegen die zaristische Bourgeoisie zueinander in Beziehung gesetzt werden. Marx hatte sich mit den Bauernaufständen in den Cevennen im 18. Jahrhundert beschäftigt, deren nähere Untersuchung aber nicht weiterverfolgt, weil diese im Zusammenhang mit der Pariser *Commune* (zunächst) relativ bedeutungslos geworden waren...

Clara Zetkin votiert für eine leidenschaftslose Einordnung des 'tiefen Falls' Sinowjews und Trotzki: **»Zwei Mann gingen über Bord des Parteischiffs ... Unser Blick wendet sich dem ... von Lenin vorgezeichneten Kurs ...Vollampf voraus ...der sozialistischen Umwälzung in der Sowjetunion, der proletarischen Weltrevolution«** zu! (Anmerkungen zu den Seiten 338-341, Fn. 81). Ulbricht trägt den Kampf gegen die Abweichler auch in die Untergliederungen der KPD.

(342) Thälmann erklärt sich zum Gefolgsmann Stalins und Bucharins. März/April 1928: Kongreß der Roten Gewerkschafts-Internationale, die für die Durchbrechung der Statuten der reformistischen Gewerkschaften votiert. **»Damit war die Bahn frei für die Bildung eigener Gewerkschaften.«**

...und für die Steigerung des trade-unionistischen Sektierertums, wie es Ulbricht schon immer vorgeschwebt und dieser verkörpert hatte.

W.U. kandidiert im Mai 1928 für die Reichstagswahlen, in denen SPD und KPD zusammen an die 40% der Stimmen erhalten. Die NSDAP spielt also noch keine Geige; sie rangiert im untersten einstelligen Bereich [sic!]. Hauptfeind der KPD ist vielmehr die andere 'Arbeiterpartei', die den Reichskanzler stellt.

(343) W.U. will als Abgeordneter der KPD und Agitator die grundsätzliche Gegnerschaft der KPD zur bürgerlichen Gesellschaft bekunden und die **»"Demokratie als die raffinierteste Form der Diktatur der Bourgeoisie entlarven" (Sächsische Arbeiterzeitung, 27.03.1924)«**. In diesem Sinn werde die KPD alles tun, um den Einfluß des Zentrums und der SPD auf die Arbeiterklasse zu zerstören und **"die entscheidenden Schichten der Arbeiterklasse in einheitlicher Klassenfront ... zum revolutionären Kampf gegen die Trustherrschaft, für die Diktatur des Proletariats"** zu vereinen. (W.U.: Wahlergebnis und Gewerkschaftspolitik, in: Arbeiterzeitung (Schlesien), 29.05.1928).

Litt die KPD nur unter einer vorübergehenden Unterschätzung der ständigen Gefahr, die von der Konterrevolution her drohte oder kooperierte da bereits der künftige Stalin mit dem konterrevolutionären Rivalen, auf dessen Konto die Ermordung Rosas und Karls gegangen war? Bei näherer Betrachtung der Stalinschen Politik, die mit der Zerlegung des Leninschen Erbes, zunächst auf dem Gebiet der Personalpolitik, vollauf beschäftigt ist, liegt das vielleicht nicht mehr ganz so fern, wenn etwa die Ermordung des Finanz- und Steuerexperten und Zentrumspolitikers Erzberger am 26.08.1921 in

das preußisch-russische Konkurrenzverhältnis mit einbezogen wird, der, so Kowalczuk a.a.O., 201, »für einen Verständigungsfrieden, für die pragmatische Annahme des Versailler Vertrags« und für ein reformiertes »Steuer- und Finanzwesen« eingetreten war, was diesen Teilen der Bourgeoisie wohl eher nicht in den Kram gepaßt hatte...

(344) Da die Tätigkeit W.U.s im Reichstag politisch belanglos war, lag der Hauptvorteil dieses Jobs in der Erlangung der strafrechtlichen Immunität eines kommunistischen RT-Abgeordneten, während sich seine inhaltlichen Beiträge dort auf politische Fensterreden beschränkten, die sich auf Stichworte, wie 'Einheit der Arbeiterklasse', 'Sieg der Weltrevolution', 'Verrat der Sozialdemokratie' reimten, was bei jedem Aufruf eines Abgeordneten durch das RT-Präsidium, sei es einem von der KPD oder von der NSDAP – in der Regel zur spontanen Entleerung des Reichstagsaals führte. Auch in den Folgejahren wurden die an Einfluß gewinnenden Nazis zwar auch zu den Feinden der KPD gezählt; der Hauptfeind aber blieb nach wie vor die SPD.

16.07.

'Scholzismus': Deutschland ist keine Supermacht, es verhält sich aber politisch so, als wäre es eine... Der 'Frieden' mit einem Faschisten wie Putin ist politischer Selbstmord. Crimes against humanity in Gaza und Kiew... Es gibt keine Linke mehr, an der wir uns abzuarbeiten hätten. Im Zentrum steht die Bourgeoisie, der auf die Finger zu schauen ist, und zwar besonders, wenn sie diese hilfeschend in die Richtung des Neuen Faschismus á la Putin ausstreckt.

18.07.

Die grün-linke Sozialdemokratie macht mit dem von ihr praktizierten anti-demokratischen Antifa die Rechten, die wie auf Bestellung auf ihn gewartet haben, erst stark. Darin scheint auch der Vorteil für das Putinistische Gesamtkonzept und die Instrumentalisierung des Kampfs zwischen rechts- und linksradikaler Politik, rechter und linker kultur-'revolutionärer' Hegemonie etc. zu liegen. Die rechten Grünen können mit ihrer politisch reinen Vernunft den woken Marsch ins Grüne Nirwana nicht aufhalten, sie müssen sich zwangsläufig an 'der' Ukraine spalten.

Der politische Obskurantismus, wie er kürzlich von der LGBTQetc.-Bewegung und der radikalen Rechten in einem Scheingefecht ausgekämpft wurde, kulminiert u.a. in der Auseinandersetzung über den von den Genderisten ausgerufenen "**Pride Month**" und dem von den Rechtsradikalen als Antidot diesem gegenübergestellten "**Stolze Monat**". Häh...? Während in Rußland der Punk von Pussy Riot von Putins Justiz (willkür-)rechtlich verfolgt wird, treibt der Genderismus im 'Westen' die aller-seltsamsten Blüten, dessen nicht mehr nachvollziehbare Ausprägungen wiederum vom Putinismus als willkommener Spaltungsansatz

gefördert werden, um gegen die noch nicht ganz verschwundene anti-autoritäre '68'er Frauenbefreiung das reaktionäre Verhältnis zu den Frauen, das vor allem in Rußland als notorische Frauenfeindschaft (Gynäkophobie) und Gewalt gegen Frauen verbreitet ist, mit allen Mitteln zu fördern. Denn, wer denkt schon so kompliziert um drei Ecken wie dieser mafiose Ex-KGBler und 'seine Leute', der es in Rußland mit deren Hilfe zum Präsidenten gebracht hat..!

Gegen den **"Stolze-Monat"**, den Lesben, Schwule, Bisexuelle Trans-, Inter- und queere Personen gemeinsam feiern – O.K., was wird heutzutage nicht alles 'gefeiert'! – wurde von den Rechtsradikalen der **"Stolz-Monat"** aufgerufen, weil durch die angebliche 'Intrige woker Kräfte' der Nationalstolz der Deutschen herausgefordert und untergraben werde, wogegen von der LGBTQetc.-Bewegung wiederum gegargwöhnt wird, sie werde von den Rechten aus dem von ihr beanspruchten 'Raum' geworfen werden. In diesem 'Raum' – man beachte die darin entwickelte räumliche Auffassung von Dialektik, die in der längst vergessenen 'Hauptseite Theorie' ihren Boden hat – stolzieren der nationale Nihilismus und der Nationalismus in einem Scheingegensatz umeinander im Kreis herum, um diesen 'Widerspruch' zwischen nationalem Nihilismus und radikalem Nationalismus, oder eben zwischen dem **"Stolze-Monat"** und dem **"Stolz-Monat"**, in ihrem Tanz wie zwei wütende Pfauen gegeneinander auszutragen, die gravitatisch um einander und um den Putinismus herum **stolzieren!** Welch absurdes Theater..., während zur selben Zeit die Ampel schon an der Fortsetzung der Moskau-Connection in einer künftigen 'DDR light' zu basteln scheint... Rosige Aussichten!

Diese politischen Scheingefechte werden dann nachträglich auf Elon Musks 'Sozialen Medien' als ernst zu nehmende Debatten ausgetragen.

19.07.

FAZ: **"Du mußt es tun"**. Von Peter Graf Kielmannsegg (19.07.):

Der »20. Juli 1944« war eine 'Revolution von oben' mit allem was solche Revolutionen für gewöhnlich so an sich haben.

(7) **»Schon 1938 hatte Generaloberst Beck den Krieg, den Hitler auszulösen im Begriff war, nicht nur als Katastrophe für Deutschland, sondern als Katastrophe für Europa begriffen und benannt. ...eine moralische Katastrophe«,** um die das Denken, Planen, Handeln der Verschwörer kreisten, **»eine moralische Katastrophe ihres Landes«,** also Deutschlands! Eine, die mit der Zerstörung von **»Anstand«** und **»Ehre Deutschlands«** einherging.

Wenn es nur das gewesen wäre, hätte das auch schon gereicht...!

(8) Zu den **»Umriss(e)n des Verfassungsdenkens der Verschwörer«** gehören: **»Mitwirkung, nicht Herrschaft des Volkes«.**

Aber, etwas fehlte an dieser »Mitwirkung«, damit sie zur »Herrschaft des Volkes« hätte werden können. Und wohl eher nicht die übermenschliche Fähigkeit, Geschichte rückwirkend ungeschehen machen zu können!

»Gescheitert war nicht nur die Weimarer Republik. Gescheitert war der demokratische Aufbruch nach dem Weltkrieg. Konnte man anders als demokratieskeptisch auf diese Erfahrung reagieren?«

Man hätte können! Dabei wäre der Bismarcksche halb-feudale Demokratismus allerdings eine äußerst schwache Hilfe gewesen – von dessen Illusionismus i.ü. auch die Gothaer Deutsche Arbeiterbewegung durchdrungen war, was sie nach der von ihr mit zu verantwortenden Katastrophe des Ersten Weltkriegs vollends ihrer Widerstandskraft beraubt hatte, um gegen das vorhersehbare Völkergemetzel zwischen den Europäern aufzustehen und 1933 am Ende sang- und klanglos (oder gar im inneren Einverständnis) vor den Nazis zu kapitulieren!

»Wiederherstellung der Majestät des Rechts«, klingt stark nach US-Verfassung, in der allerdings »Majestät«en nicht mal mehr symbolisch eine Rolle spielen!

Vorstellungen über die 'westliche' Demokratie, deren halbfertigen Charakter die BRD unter der '20.-Juli'-Bourgeoisie bei ihrer stände-staatlichen Rückwärtsgewandtheit zwischen 1949 und 1968 charakterisiert hatten. Also: Kant statt Hegel, Sackgasse statt Aufbruch! Diktat der Vernunft und des Rechts anstelle von Zurückhaltung und des möglichen Rechts auf alles!

(9) »Hitlers Herrschaft ... war illegitim zuerst, weil sie das Recht durch das Verbrechen ersetzt hatte, dann erst, weil sie die Diktatur an die Stelle der Demokratie gesetzt hatte...«

Diktatur, aber nicht wie die Diktatur des Proletariats verstanden als vorübergehendes Regieren und als 'Gesellschaftszustand bis auf weiteres', sondern wie unter Stalin und Putin (so auch unter Hitler) als politischen Dauerzustand. Gerade so aber war die Diktatur von Marx und Engels nie begriffen worden, sondern wie unter der *Pariser Commune* als vorübergehende Diktatur des Proletariats (*Proletariat*, das ist: die an die Mehrwertproduktion gekettete Arbeiterklasse und nicht verstanden als ökonomistische leere Floskel!) bis zum Sieg über die antizipierbar zu erwartende Konterrevolution. Nach deren Verhinderung hatte die Diktatur, wenn dadurch nicht das gesamte Projekt hätte gefährdet werden sollen, überflüssig geworden zu sein! (Aber welcher Arbeiter-Diktator gibt schon gerne seine unumschränkte Herrschaft an die Volksversammlung oder die Sowjets freiwillig wieder zurück!?) Und hätte sich mit einer Diktatur von Partei, Geheimdiensten und Militär und einem persönlichen Diktator, wie das Stalinsche Beispiel zeigt, nicht sehr viel reibungsloser, zumal in einer Kriegssituation, regieren lassen? So aber wurde die Diktatur des Proletariats von Marx gerade nicht verstanden, sondern als Diktatur (des Proletariats) zur Bereinigung und Beseitigung eines Notstands, der unmittelbar mit der Schaffung und Verteidigung eines Gesellschaftszustands einhergeht, unter dem das arbeitende Volk seine Arbeit, seine Lebensverhältnisse und Lebensbedingungen selbsttätig regelt, was unter Ausschluß der

bisher den Mehrwert konsumierenden, aber nicht produzierenden (arbeitsfähigen) Teile der Gesellschaft hätte geschehen sollen. Dem steht die Geschichte als eine Geschichte der Konterrevolution und der Vernichtung sowohl der bürgerlichen wie der traurigen Überreste der proletarischen Revolution in Rußland gegenüber. Die Aufstände der chinesischen Bauern in den 20er und 30er Jahren ähneln eher den Bauernaufständen im europäischen Mittelalter, in denen für die Befreiung vom Feudalismus gekämpft wurde, jedoch nicht, wie es von Marx und Engels in Rußland für möglich gehalten wurde, für die Aufrechterhaltung oder Wiedereinführung einer aus der Frühzeit europäischer Gesellschaften sich konserviert habenden kommunistischen Produktionsform der *commune rurale*...

Die abschließend von Kielmannsegg gestellte Frage, ob das Attentat auf Hitler, wäre es erfolgreich gewesen, Hitler-»**Deutschland auf einen anderen Weg gebracht**« hätte, verweist in erster Linie auf die Weimarer Republik, wo sich die Bourgeoisie als unfähig erwies bzw. nicht bereit gezeigt hatte, die auf eine Revanche für das 'Diktat von Versailles' gesetzt habenden revisionistischen Staatsstreichbestrebungen erfolgreich zu bekämpfen (soweit Erfolge von dieser Seite her überhaupt gesucht worden waren) und sich von diesen die Zukunft Deutschlands diktieren zu lassen. Die deutsche Bourgeoisie zog jedoch nicht nur die nationalsozialistische 'Revolution' der proletarischen – was zunächst durchaus auch nahe lag –, sondern diese auch der demokratischen Revolution vor, die (was an dem vom Bismarck-Reich übernommenen Begriff des zu wählenden (preußischen) 'Reichspräsidenten' deutlich wird und zeigte, daß sie noch keineswegs in der 'westlichen' Demokratie angekommen war, die sie aber in ihrem eigenen Klasseninteresse hätte verteidigen müssen – was sie nicht tat, allein, weil sie keine komplett-'westliche' Bourgeoisie war!

Schon allein daran zeigt sich, daß die deutsche Bourgeoisie, wie ihre Entwicklung seit der Revolution von 1848 beweist, keineswegs ihrer verpfuschten demokratischen Revolution in ständiger Erinnerung als (nationale) Katastrophe nachtrauerte! Daher hatte sie auch außenpolitisch jegliche Glaubwürdigkeit verloren, um als Gleiche unter Gleichen (als kapitalistische Konkurrenten) international anerkannt zu werden. Ein Prinzip, ohne dessen Vorhandensein die kapitalistische Konkurrenz auf dem Weltmarkt schlecht oder gar nicht funktioniert. Für die Alliierten der Anti-Hitler-Koalition waren die Deutschen daher auch gleich Hitler, so wie heute die Russen drauf und dran sind, von Putins Verbrechen gegen 'die' Ukraine endgültig nicht mehr getrennt werden zu können. Dabei war 1945 die zwischenzeitliche Aufhebung der staatlichen Existenz Deutschlands durch das Besatzungsdiktat der 'Großen Vier' herausgekommen, was nach Kielmannseggs Analyse darin zum Ausdruck gekommen sei, daß sich die deutsche Bourgeoisie aus dem historischen Dilemma des von den Westlichen Alliierten verhängten Diktats – und obwohl von ihr noch nicht einmal Hegels *Philosophie des Rechts* vollständig nachvollzogen worden war – endlich 'westlich' kapitalistisch werden sollte, wogegen sie als einziger Möglichkeit auf das Heldentum des 20. Juli

zurückgreifen und sich mit Hilfe des Kategorischen Imperativs um 200 Jahre zurück orientieren konnte, was bei Kielmannsegg heißt:

...daß einerseits allein schon der Versuch des Attentats als Versuch **»seinen historischen Sinn erfüllt«** habe; andererseits aber, **»coûte que coûte«**, vor der Welt und vor der Geschichte bewiesen werden mußte, daß (dem Kategorischen Imperativ folgend), man den entscheidenden Schritt gewagt, den entscheidenden Wurf gemacht und – zumindest moralisch – bewiesen habe, zu ihr zu gehören. (Mehr Kantischer Idealismus geht nicht!)

Was ist dieser Beweis politisch und historisch wert? Muß man sich bei so viel geballtem Kantischem Idealismus nicht erneut die Frage stellen, ob dieser zwischen Duckmäuser- und Draufgängertum hin- und hergerissenen Bourgeoisie überhaupt zugetraut werden kann, daß von ihr, so wie auch von ihren 'westlich' orientierten Nachbarn, alles getan werde, um gemeinsam und mit dem, was dann von Deutschland noch übrig geblieben sein wird, Europa zwischen 'Ural und Lissabon' gegen die fremden Eroberer zu verteidigen oder ob sie mit allem noch Verwertbarem in der Briefftasche kollektiv in westlicher Richtung Reißaus nehmen bzw. sich zu Putin hinüber schleichen wird? Kant will uns moralisch vor uns selber schützen. Wer aber schützt uns vor den moskowitischen Orks und vor der Axe, die bei deren Gewalttaten Schmiere steht? Beweisen die 'zurückhaltenden' Solidaritätsbekundungen dieser deutschen Regierung den Ukrainern und der ukrainischen Regierung gegenüber nicht überdeutlich, daß sich jeder vor soviel politischer Zurückhaltung, von der militärischen einmal ganz abgesehen, eher zu fürchten hätte – nicht allein das Proletariat! Kielmannsegg betrachtet als echter Kantianer daher auch den 20. Juli als 'persönliche Mutprobe':

»Mit anderen Worten: Es gab ein Scheitern. Und dieses Scheitern hatte einen hohen Preis. Die den Befreiungsversuch gewagt hatten, kostete es das Leben.« Das klingt sehr mutig und war es gewiß auch. Als politischer Anknüpfungspunkt und als Politik des preußischen Bürgertums und bürgerlichen Preußentums war es an der Situation gemessen aber einfach zu wenig. Daß die Weimarer Bourgeoisie, als es 1933 zum Schwur kam, von wenigen Ausnahmen abgesehen, lieber mit Hitler ging, mußte man leider erwarten ...! 1949 wurde, was von der Staatlichkeit Preußens noch übrig war und ein Jahrhundert zuvor noch unbedingt Bestandteil der bürgerlichen Revolution hatte sein sollen, ohne viel Federlesens und mit einem einzigen Federstrich von den Vier Alliierten liquidiert! Auch das nicht gerade ein erhabener Anspruch sich selbst als herrschender Klasse gegenüber... Deshalb wird dieses Land auch nicht entweder von Republikanern oder Demokraten regiert, die auf eine erfolgreich gewesene bürgerliche Revolution zurückblicken, sondern von freiheitlich-demokratischen, christlich-demokratischen, grünlich-demokratischen, sozial(istisch)-demokratischen etc. Parteien, jedoch nicht von *einer* Bourgeois-Partei, die die Feudalklasse und ihre faschistischen Nachfahren aus dem Tempel gejagt hätte...

29.07.

Wahlen in Venezuela, einem Außenposten der moskowitzisch-chinesisch-islamistischen Axe: Die von Maduro angesagten Wahlen sind reines Theater, wie dies bei allen von den linken und rechten Autokraten der Axe angesetzten Wahlen der Fall ist. So auch bei diesen Wahlen in Venezuela, die allein zu dem Zweck veranstaltet werden, um Druck aus dem Kessel der dortigen Mafia-Herrschaft zu lassen, die von Beijing über Iran und Moskau bis Kuba und Venezuela ausgeübt wird. Zuerst kommt der von seiten der Geheimdienste organisierte Wahlbetrug, dann kommen (Geheim-)Polizei und Armee, die jeden Widerstand in der Bevölkerung im Keim ersticken, und die diesen, soweit er sich dennoch auszuweiten 'droht', mit militärischer Gewalt niederschlagen. Hitlers Achse auf links – was bedeutet, daß die Hitler von heute nicht mehr auf einem proletarischen, sondern wie jetzt in Venezuela, auf dem 'antiimperialistischen' Ticket der westlichen Linken reisen! Und auch auf einer gemeinsamen Linie mit der sich 'im Kampf gegen Rechts' besonders aufmerksam gebenden Innenministerin, die gemeinsam mit jener Linken den Mythos pflegt, daß *der* Faschismus immer (nur) 'von Rechts' kommt! Den Faschismus faschistisch bekämpfen, darin steckt der ganze Widersinn der Politik dieser westlichen Linken und dieser ganzen deutschen Regierung.

August 2024

01.08.

FAZ: **Die traumatische Heldentat. Warschauer Aufstand 1944 (01.08.):**

"Mit dem Aufstand im Warschauer Ghetto kulminiert die zivile Vernichtungspolitik des Deutschen Nationalsozialismus in seiner völkermörderischen, den historischen Kolonialismus und seinen Rassismus verallgemeinernden Bedeutung. Der Faschismus ist die Summe aus Völkermord und Klassenkampf. Diese wird nur von Stalins Sowjetunion übertroffen, was durch Sowjetpropaganda jahrzehntelang verschleiert und beschönigt wurde...".

...notierte ich als Kommentar zu diesem FAZ-Artikel, ohne bemerkt zu haben, daß ich den Warschauer Aufstand mit dem Aufstand im Warschauer Ghetto als ein und dasselbe Ereignis betrachtet und dadurch eins von beiden unterschlagen hatte. Um das zu vermeiden, wäre zu empfehlen gewesen, den FAZ-Text von hinten nach vorne zu lesen, da darin erst am Schluß daran erinnert wird, daß auch in Polen bis 1989 ausschließlich an den Aufstand im Warschauer Ghetto offiziell erinnert wurde, bzw. werden durfte, der, so die FAZ, **»als internationale Erhebung der Opfer des Faschismus unter entscheidender Beteiligung sozialistischer und kommunistischer Bewegungen«** gegen den Warschauer Aufstand **»instrumentalisiert wurde«**. Wie konnte auch von mir diese Unterschlagung geschehen, wo mir durchaus geläufig war, daß es zwei Aufstände, **»den von 1943 (im Warschauer Ghetto) und den (Warschauer) Aufstand von 1944«** gegeben hat und es daher naheliegend gewesen wäre zu fragen, was beiden gemeinsam ist, aber gleichzeitig vermieden worden wäre, daß die Zurückweisung der bis 1989 staatlich dekretierten Fixierung auf den **»Ghetto-Aufstand«** nicht zu einer Relativierung des Holocaust geraten wäre. Die FAZ-Autoren verweisen auf die erst durch die Solidarnosc-Bewegung in den 80er Jahren angestoßene Wiederentdeckung **»von Warschau 1944«** und seiner kaum mehr zu unterschätzende Bedeutung **»für das heutige Polen«** als entscheidendem revolutionären Momentum innerhalb der polnischen Geschichte im Kampf gegen seine fremden Unterdrücker. Und sie weisen auch darauf hin, daß **»das Abwarten der Roten Armee auf dem östlichen Weichselufer«** (und die von ihr ausgesprochene Ablehnung von Hilfsflügen der westlichen Verbündeten zur aufständischen Armia Krajowa, im Zentrum Warschaus) **»gewissermaßen den Abschluß des stalinistischen Angriffs auf Polen«** darstellt, der über die hinterhältige Ermordung der gegen die Deutschen kämpfenden polnischen Offiziere in Katyn, (und worauf der FAZ-Artikel nicht eingeht: die Zerschlagung der Polnischen Arbeiterpartei und deren Ersetzung durch die von Stalin aus dem Boden gestampfte Polnische Vereinigte Arbeiterpartei) schließlich zum Warschauer Aufstand führte. Aber des Pudels Kern, der zumindest mit einem Satz in dem FAZ-Text (auch) zu erwähnen gewesen wäre, ist im sog. Hitler-Stalin-Pakt zu suchen, der die Quintessenz der deutsch-sowjetischen Polenpolitik zwischen 1939 und 1941 charakteri-

siert, und über den jede Seite jeweils annahm, daß sie einen absolut günstigen Deal abgeschlossen hatte.

Aber genau hier hätte die jüngste deutsch-polnische Geschichte zu beginnen, ausgehend von Stalins und Trotzki's Marsch nach Polen und der Niederlage von Lenins Soveckaja Armija vor Warschau. Das aber wäre eine ganz andere Geschichte, die sich auch nicht mehr so einfach in einen FAZ-Artikel einfügen läßt...

04.08.

Wenn sich beweisen ließe, daß Judith Butlers Genderismus im Endeffekt auf Lysenko zurückgeht, der in der Sowjetunion der 30er Jahre bewiesen haben wollte, daß die durch soziale Einflüsse auf Kulturpflanzen übertragenen Eigenschaften angeblich biologisch weiter vererbt werden können und wenn analog zu Lysenko der Genderismus darauf hinausläuft, daß das 'gefühlte' das biologische Geschlecht eindeutig bestimmt, läßt sich Butlers Genderismus in Analogie zu Lysenko unter dem Label der 'sozialen Biologie' verkaufen! Lysenko schaffte es, diese unter der schützenden Hand Stalins und der Schirmherrschaft der KPdSU(B) bis Ende der 40er Jahre gegen den wachsenden Argumentationsdruck sowjetischer Biologen und Genetiker zu verteidigen, die ihn aber schließlich als Scharlatan entlarvten (oder entlarven durften), nachdem Lysenko das Spiel offenbar zu weit getrieben hatte.

Ein Verteidigungskampf ähnlich demjenigen Lysenkos steht, wie sich bei der diesjährigen Olympiade im Frauen-Boxen gezeigt hat, nun auch Butlers Genderismus bevor, wo aufgrund der Diskrepanz zwischen Anatomie und Gender von Sportlerinnen sich ein Skandal ereignete, der den Genderismus nicht um die schlichte Tatsache herumkommen läßt, daß es nun mal ausschließlich Frauen sind, und keine Männer, die die Kinder nicht nur 'kriegen', sondern *produzieren* (F. Engels)! Was vom Genderismus dadurch relativiert wird, daß die anatomischen Unterschiede zwischen 'Mann und Frau' aufgehoben und eine ganze Reihe zusätzlicher sich 'irgendwie' dazwischen befindlicher angeblicher 'Geschlechter' neu erfunden werden, die nicht an der Anatomie und der Biologie, sondern den vielfältigsten Formen gleichgeschlechtlichen Geschlechtsverkehrs festmacht werden, deren 'Vielfalt' mit Hilfe von Gerichten, Parteien und sogar dem Gesetzgeber mit sektenhafter Militanz gegen 'binäre' Zweifler an Butlers 'sozialem' Geschlecht durchgepowert werden.

Zu diesem Zweck machen sie sich, indem sie die angebliche Pluralität der Binarität der Geschlechter gegenüberstellen, das Lotteriespiel, das bei der Vererbung und Entstehung der Geschlechtsmerkmale von 'Mann und Frau' wirksam ist, sodaß Biologie und Anatomie voneinander abweichen können, zunutze, um sich zu vorgeblichen Fürsprechern derjenigen zu machen, deren Geschlecht nicht mit der binären Eindeutigkeit der herrschenden gesellschaftlichen Normen übereinstimmt und die dadurch gezwungen werden, diese Abweichungen nach außen hin zu kaschieren, um möglichen gesellschaftlichen Benachteiligungen zu entgehen. Radikale Veränderungen zur Überwindung dieser gesellschaftlichen Borniertheiten setzten allerdings eine Kulturrevolution voraus, (die von den Butler-Anhängern aus

rein propagandistischen Gründen, und mit der entgegengesetzten Wirkung, betrieben wird), in der dagegen rebelliert werden würde, daß die vom genetischen 'Losglück' benachteiligten Minderheiten nicht zur Existenz von gesellschaftlich verfemten anatomischen Mischwesen verurteilt sind ihre Position offensiv verteidigen können, daß die Uneindeutigkeiten der Geschlechtsmerkmale einerseits als unvermeidliche Begleiterscheinungen des 'Lotteriespiels der Natur' bei der Vererbung der binär angelegten Geschlechtsmerkmale, aber gleichzeitig als Teil der betroffenen Persönlichkeit anzusehen sind. Nur so ließe sich der gegen ihre bisherige soziale Isolierung von ihnen gewählte Lebensstil und ihr Sexualverhalten offensiv praktizieren. Anstatt diese Position zu unterstützen, wird von Judith Butler der Spieß aber einfach umgedreht, indem die Probleme dieser gesellschaftlichen Minderheiten von ihr verbunden mit pseudo- kulturevolutionären Phrasen schlicht zu Problemen der Mehrheit der Gesellschaft erklärt werden, die sich daran auszurichten habe. Auch das läßt sich bereits am Beispiel Lysenkos studieren, sowie an der Verbindung von sozialem Biologismus mit staatlich gepushtem (Meinungs-)Terror.

Wenn daher, wie jetzt im olympischen Frauenboxen, das 'gefühlte' Geschlecht das 'natürliche' Geschlecht – dessen Phänotyp 'von Natur aus' nie ganz eindeutig bestimmt ist – dominieren soll, könnte das zur Folge haben, daß 'Machos in Frauenkleidern' gegen anatomisch eindeutig weibliche Boxer antreten dürfen, sodaß Letztere als Ausdruck ihres Protests gegen die genderistischen Marotten des Veranstalters nur noch das Handtuch werfen können. Im Amateur-Sport diente bisher die binäre biologische Bestimmung der Sportler, so auch im Boxen, als alleiniges Kriterium für ihre Zulassung zum Männer- oder Frauenboxen. Seitdem jedoch die Genderisten in den olympischen Sportarten, so auch im Boxen, ihr sektierisches Unwesen treiben und die Veranstalter auch das 'gefühlte' Geschlecht (= gender) gelten lassen wollen (oder dies sogar dürfen), sollten Frauen, ob binär oder gender, besser zu hause bleiben, anstatt sich von einem angeblich weiblichen Boxer brutal verprügeln zu lassen, und gleichzeitig damit die Veranstalter zwingen, die anatomisch männlichen Boxer wieder ausschließlich gegen ihresgleichen antreten zu lassen...

Butler hätte vielleicht recht, wenn sie ausgehend von den vereinzelt anatomischen Ausnahmefällen, die sich nun mal aus dem Lotteriespiel der 'Natur' mit der Binarität von Geschlecht und Anatomie und aus der Fortschreibung der sexuellen Kulturrevolution von '1968' ergeben, nicht derart klar und eindeutig auf den Spuren der 'sozialen' Genetik Lysenkos wandelte, und wenn sie die Normabweichungen im Phänotyp beider Geschlechter durch einen 'kulturevolutionären' Fehlschluß nicht auch für die (binäre) Mehrheits-Gesellschaft zur gesellschaftlichen Norm erhoben sehen möchte (und jeden Einwand gegen diese Vorgehensweise als Diskriminierung von Minderheiten verketzern würde), womit sie und ihre Anhänger offenbar meinen ihre genderistische Agenda 'revolutionär' durchpowern zu können, in Wirklichkeit damit der machistischen Einheitsfront aus Trumpisten und Putinisten die passenden Stichworte für ihr gefundenes Fressen zu liefern, um die Trumpistische und Putinistische (terroristische) 'Normalfamilie' als gesellschaftliche Norm (mit allen – auch staatsterroristischen – Mitteln) politisch (oder sogar strafrechtlich) durchzusetzen.

So aber können Trump und Putin an Butler und ihren Anhängern nur ihre wahre Freude haben!

13.08.

Ohne Brandmauer... Die Osis haben vorher auch nicht besonders darauf geschaut, ob die PDS (späterhin: Die Linke) nicht in Wirklichkeit eine Tochter der SED gewesen war. Außerdem hat die AfD gerade wegen ihrer politischen Radikalität längst die Nachfolge Der Linken angetreten, wobei es auch vorher niemanden interessiert hatte, wenn der Parteivorsitzende aus 'dem Westen' kam und seine Partei in ihrem Markenkern die Nachfolge der NSDAP angetreten hat. Weltpolitik wurde in Berlin *imma ganz wait om* gemacht – alles andere spielt sich in der Provinz ab –, die allerdings bereits vor der eigenen Haustür beginnen kann...

16.08.

Frau Faeser braucht die Brandmauer für ihren 'Kampf gegen Rechts' – warum dann nicht auch gegen 'Links'?! –, um diesem Kampf neuen Schwung zu geben! Die Nazis freut es, weil ihre Nazi-Propaganda dadurch an Glaubwürdigkeit gewinnt und erst richtig auf Vordermann gebracht werden kann, was sie zu so'ner Art 'Freiheitskämpfern' und damit so gut wie unangreifbar macht. Und worauf beruht diese Unangreifbarkeit? Daß Die Rechten in ihrem Markenkern nationalsozialistisch gewendete '68'er = 'patriotische Bolschewisten' oder bolschewistische Patrioten sind, die von einander gelernt haben, die demokratische Öffentlichkeit, tief in die linke Trickkiste greifend, zu verar..., während es mit der SPD wieder mal das alte Lied ist: solange sie ihren Kampf ausschließlich 'gegen Rechts' führt, stärkt sie zwangsläufig die Nazis. Aber um das zu vermeiden, müßte sie sich – und nicht nur in geschickt zusammengereimten mageren Sätzen – von ihrer 'Moskau Connection' unmißverständlich verabschieden, die die sich aus den Arsenalen der '68'er Kulturrevolution bedienende Rechte inzwischen aus dem FF zu beherrschen gelernt hat.

»**Welche Presse hätten sie gern...?**«, schreibt am 16.08. die FAZ.

Warum soll rechte Kapitalismuskritik verboten werden, nur weil sie rechts ist, während die systemisch linke Sozialdemokratie ihrerseits ein ideologisch kontaminiertes Verhältnis zur kapitalistischen Produktionsweise unterhält? Die Nähe zum Putinismus in Presseangelegenheiten liegt auch da nicht allzu fern.

»...**Nancy Faeser kassiert mit dem Verbot des Magazins "Compact" vor Gericht eine krachende Niederlage. Es scheint, daß sie nicht weiß, was Meinungsfreiheit ist**«, schreibt die FAZ. Oder sie weiß es nur, solange es sich ausschließlich um ihre 'linke' Meinungsfreiheit handelt; da weiß das auch die SPD-Linke recht gut. Damit allein läßt sich die aktuelle Version eines putinistischen Hitler-Stalin-Pakts, wie er von der *Jungen Freiheit* auf die gepflegt

rechte, von den Leuten von der *Jungen Welt* auf die knallhart 'sozialfaschistische' und vom Bündnis Sahra Wagenknecht auf die solide bürgerliche Tour verstanden wird, nicht aus der Welt schaffen. Und dadurch wird Faeser, ob sie will oder nicht, zum ausführenden Organ eines von Rechts bis Links betriebenen 'Sozialfaschismus', der chaotisch mal nach rechts, mal nach links blinkt, weil der Router kaputt ist.

Das Beklagen der von dieser Regierung handstreichartig abgeschafften »**Meinungsfreiheit**« basiert auf dem Minimum der von den 'westlichen' Besatzungsmächten 1949 eingestellten deutschen Verfassung, die auch deshalb nur ein 'Grundgesetz' hatte sein sollen, weil sie den Prozeß der innerlich zu sich selbst kommenden Bourgeoisie, der 1848 vor der Paulskirche von der preußischen Soldateska und 1933 von den Nazis, nachdem sie den Reichstag hatten anzünden lassen, schlagartig mit dem Versprechen beendet wurde, deren Verabschiedung in der nahen Zukunft nachholen zu wollen. Aber auch dieser gut gemeinte Voratz scheint in Wahrheit längst 'Geschichte' zu sein. Die riesigen 'westlich' demokratischen USA könnten sich durchaus eine Nazipartei leisten und vielleicht bald auch einen rechtsradikalen Präsidenten, weil selbst ein solcher kollektiver Fehlgriff von der flexiblen Selbst-Fesselung der *rule of law* und der US-amerikanischen Verfassung im Zaum gehalten würde. (Und wenn nicht, dann gibt es eben wieder Bürgerkrieg...!) In den USA dominiert ein der Bourgeoisie 'von Natur' aus ganz eigener Gewinntrieb des Kapitalisten, der – ganz anders als 'bei uns' – durchaus nicht unbedingt vom *politischen* Selbsterhaltungstrieb der Klasse motiviert sein muß; dagegen wäre die Bourgeoisie in den USA erst dann mit ihrer Geduld am Ende, wenn das revolutionäre Proletariat, wie anlässlich der Pariser *Commune*, ernsthaft den Anspruch erhöbe, als *Klasse* deren Job zu übernehmen – nur das alles jeweils ohne Aktien, Dividenden und Gewinnwarnung... usw.

Dagegen hat es die deutsche Bourgeoisie nie zu einer ernstzunehmenden bürgerlichen Verfassung, sondern nur zu einer christlichen oder einer sozialen *Demokratie* gebracht, wo in abstrakten sozial-ökonomisch wohl formulierten Versprechen all das gegenüber dem Wähler aufgezählt wird, was in einer politischen Verfassung vielleicht im Anhang zu finden wäre. Wobei der deutschen Bourgeoisie zum Kommunismus Marxscher Prägung à la 1871 absolut nichts anderes als (Sozial-)Faschismus einfiel, womit sie sich dann an den Nazis auch das Genick gebrochen hat...

19.08.

Rückverwandlung der individuellen Arbeitskraft, die sich für deren Besitzer aus einer in seinem persönlichen Besitz befindlichen und frei verkäuflichen Ware als Staatseigentum zu 'verallgemeinern' hat, und die er dann nicht mehr unbedingt auf dem Arbeitsmarkt feilbieten müßte – Welch ein sozialer Fortschritt! Erkauft mit seinem Weg in die doppelte Knechtschaft! Und zwar, nachdem sich der 'freie Lohnarbeiter' nach seiner Enteignung als Besitzer der Arbeitskraft in einen Sklaven des Staates und das, was hier und da von der Marxschen

Partei noch übrig geblieben sein mag, endgültig in den 'Marxismus' verwandelt hat, um in dessen Sumpf zu versinken.

FAZ: **»SPD und Union kritisieren Deckelung der Ukrainehilfen«**

Kiesewetter (CDU): **»Der CDU-Politiker Roderich Kiesewetter sagte dem "Tagesspiegel"«, wenn die militärische Unterstützung 'der' Ukraine nicht mehr aus dem Haushalt zu finanzieren sei, bedeutete das »"...de facto, daß die Ukraine im Stich gelassen wird". Er kritisierte, daß bei den Haushaltsverhandlungen der Wille fehle, die Unterstützung der Ukraine zu priorisieren«.** Auf Verlangen von Scholz sollen offenbar keine neuen Anträge aus dem Verteidigungsministerium mehr bewilligt, sondern diese aus eingefrorenen Vermögenswerten Rußlands finanziert werden. Für Kiesewetter reicht es nicht aus, **"die Ukraine aus der Westentasche zu finanzieren und wenn es unbequem wird, auf EU oder eingefrorene russische Vermögen zu verweisen, von denen nur die Zinsen, wenn überhaupt, genommen werden und die ohnehin der Ukraine zustehen."** Außerdem würde Scholz nur **"auf die anstehenden Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg"** schielen.

Wenn es allein nur das wäre...! Aber Scholz schielt immer auch noch woanders hin...!

Thorsten Frei (CDU): Selbst wenn sich die Verteidigung der Ukraine aus den russischen Zentralbankguthaben finanzieren ließe, weiß heute noch kein Mensch, **"ob, wann und wie viel Geld hier tatsächlich zur Verfügung stehen könnte"**.

Für den Grünen Außenpolitiker Wagner komme es nun darauf an, **"Verantwortung und Pragmatismus vor Parteipolitik zu stellen. ... Ich erwarte von SPD, FDP und auch der Union, sich zusammenzureißen"**.

Total einleuchtend...!

Aus alledem folgert Putins Botschafterin der Herzen, Sahra Wagenknecht, daß **"diese Mittel ... angesichts der neuen Enthüllungen zu den Anschlägen auf Nord Stream komplett gestrichen werden"** sollten!

Die Ukrainer, ...diese bösen Bunken! Das haben sie davon! Denn, folgen wir Wagenknecht und ihrer AfD-Logik, hat ja nicht Putin 'die' Ukraine mit Krieg überzogen, sondern eine übermächtige Ukraine das arme kleine Rußland!? – Womit die Gute den Ukrainern auch noch die letzte Krücke unter dem Arm wegschlagen will, um sie endgültig von den Beinen zu holen...! Wie überaus mutig und entschlossen von dieser Frau...!

Und in der *Rheinischen Post* hat sie mit einem Argument, das bei allen friedliebenden Deutschen garantiert positiv ankommt, noch hinzugefügt: **"Statt weiter den deutschen Steuerzahler – auch über die EU – zur Finanzierung des ukrainischen Staatshaushalts und der Waffenlieferungen zur Kasse zu bitten, wäre es an der Zeit, über Schadensersatz zu reden."**

Und wer soll den, bitte, bezahlen? Doch nicht etwa Putin als einzigem Verursacher dieser ganzen Sch...? Und schon gar nicht zu dessen Lebzeiten!

Soweit die FAZ. Aber, wie man sieht, ist die rührige Moskau-Connection durchaus auch weiterhin aktiv!

Diesem Trend folgend würde ich außerdem vorschlagen, daß sich SPD, BSW plus AfD zu einem 'Bündnis für den Frieden' zusammenschließen, das darauf abzielt, daß die Auffüllung der russischen Straflager und Bordelle mit Ukrainer*innen und der russischen Kinderheime mit taffen ukrainischen Babies und Blondies gewährleistet ist und außerdem, daß die Bundesrepublik Deutschland sich in Bananenrepublik Rußlands umbenennt! And last but not least: Wagenknecht for President!

23.08.

Verschärfung der Tugendgesetze in Afghanistan... Wäre das nicht auch was für unsere Genderist*innen? Zwar vertreten diese zu dem Verbot der Homosexualität durch die afghanischen Sittenwächter exakt dessen Gegenteil, nämlich deren Erhebung zum gesellschaftlich verbindlichen Zwang. Aber, weil extreme Gegensätze eine starke Anziehungskraft aufeinander ausüben und übertriebene Kritik an den Ländern des 'Globalen Südens' nur den 'kolonialen Westen' stärken muß, ließe sich durch ein Verbot der übertriebenen 'westlichen' Kritik an den dort üblichen Sitten und Gewohnheiten von Muslim*innen (wie Kinderheiraten, Zwangsehen, Verstümmelung der weiblichen Genitalien usw.) unsere arrogante Kritik an den 'tradierten kulturellen Mustern' 'der Menschen' des 'Globalen Südens' auch als Mißachtung ihres Glaubens und damit als rassistische Beleidigung von Muslimen (und Muslimas!) unter Strafe stellen. Darauf sollte doch endlich mal Frau Faeser aufmerksam gemacht werden...

24.08.

Rettung des (Marxschen) Kommunismus vor seinen 'marxistischen' Rettern...

Das "Gesellschaftlich-Komische" versagt vor dem Rassismus und dem rassistisch motivierten industriell betriebenen Massenmord.

Der Vergleich von Putin dem Schrecklichen mit Iwan Grozny besagt, daß der Putinismus in der Nachfolge des Russischen Zarentums und der Orthodoxie noch nicht ganz beim offenen Faschismus angekommen ist, daß er aber durchaus das Zeug dazu hat, wenn er die Schwelle von den noch verbliebenen Formen bürgerlichen Rechts zu dessen vollständiger Beseitigung und zum offenen staatlichen Terrorismus überschritten haben wird. Dann wäre es auch für Scholz wohl nichts mehr mit: 'mal eben mit Putin telefonieren...'!

Witze über das revolutionäre Proletariat sind nur dann witzig, wenn dieses über sich selbst Witze macht.

Daher versagt auch Trumps gehässige Kritik an seinen Kritikern. Haßerfüllte Kritik kann nie komisch sein, weil ihr die Fähigkeit – Möglichkeit – zur Selbstkritik (ergo: Selbstironie) fehlt. Ironie ohne Selbstkritik zerstört zuallererst sich selbst.

Des Kaisers neue Kleider.

So ist auch der 'Volkswitz' ohne Selbstironie nur peinlich, wobei seine Träger sich in ihrer Selbstherrlichkeit selbst entlarven. Für das selbstironische Lächerlichmachen des Stalinschen Kommunismus dagegen wanderten solche Witzbolde konsequenterweise in den Gulag.

Sprache kann selbstverräterisch sein.

Der humorlose Kleinbürger, der ständig befürchten muß, ausgelacht zu werden, haßt dagegen Selbstironie bei anderen. Würde er diese begrüßen, müßte er anfangen sich selbst zu hassen.

Selbstkritik ohne Selbstironie ist selbstzerstörerisch bis zum politischen Selbstmord.

Die Bourgeoisie würde das Proletariat nur allzu gern vor seiner Selbstkritik retten wollen, weil sie solch eine Kritik als Verrat an sich selbst interpretiert. Wie philanthropisch von ihr!

September 2024

03.09.

Es spielt zwar keine Rolle, ob der Messerstecher von Solingen, unter dem Einfluß dieses oder jenes Geheimdiensts stand, da dieses Potential an anti-'westlichen' politischen Irrläufern für so gut wie jeden Geheimdienst von Interesse sein kann; in dem genannten Fall läßt sich aber auch davon ausgehen, daß die Axe an diesem Vertreter des Islamismus ein starkes Interesse hatte und ebenso daran, daß dessen Parteien an politischem Einfluß gewinnen. Nicht allein der geringe zeitliche Abstand dieser Horrortat zu den Wahlen in Thüringen und Sachsen spricht für eine solche Vermutung.

09.09.

Um als Friedenskanzler die Wahl zu gewinnen, wird Scholz so viele Waffen liefern, wie dies zur Erreichung eines Patts für Ukrajina gerade ausreichend ist – und keine Patrone mehr! Als Friedenskanzler könnte Scholz problemlos mit dem BSW koalieren – falls Die Grünen mit der CDU gehen.

Wer oder was hätte garantiert, daß wir MLer mit unserem Sozialismus nicht exakt die Kopie des bereits real existierenden Sozialismus errichtet hätten, selbst dort, wo es ihn bereits gab –, von winzigen Veränderungen vielleicht abgesehen. Daß es nicht so gekommen wäre, hätte niemand von uns garantieren können.

13.09.

Zu Ilko-Sascha KOWALCZUK, *Ulbricht I*:

Ulbrichts Ökonomismus steht in krassem Gegensatz zur Partei Marx (mit dem großen 'P'), und so auch zu deren Forderung nach Verwirklichung der 'foreign policy der working class'. Diesen Job hatte ihr nach 1917 freundlicherweise die brüderliche Sowjetunion, um auch diese Seite der Marxschen Politik zu monopolisieren, abgenommen.

Abgesehen davon war nach 1989 die Vereinigung auf einen reformierten Marxismus – worunter jede Seite etwas anderes verstehen durfte – als Ausdruck von wechselseitiger Rücksichtnahme eine der zusätzlichen Formen der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands, die weder von der westlichen noch der östlichen Seite monopolisiert werden würde.

Für Putin ist, anders als für seine sowjetischen Vorgänger, das Völkerrecht nichts als ein Fetzen Papier – sonst hätte er Ukrajina nicht einfach so überfallen und geltendes internationales Recht in die Tonne gekloppt. In der Tradition und unter der Herrschaft des alten Zarentums war in Rußland allein geltendes Recht, was der Herrscher (*gosudar*) über das Impe-

rium befiehlt bzw. geschehen läßt. Frieden mit anderen Staaten gab es entweder nur zu den von der Selbstherrschaft gesetzten Bedingungen oder eben keinen Frieden. Daher ist die herrschende Friedenspartei in Deutschland (wie auch im 'westlichen' Europa) Putins Zarenpartei bzw. die Partei seiner Nachfolger, die um den vakanten Zarenthron kämpfen werden.

14.09.

FAZ: "**Deutschland muß endlich nachrüsten**" Ein Kommentar von Peter Carstens (14.09.): So kann sich, worauf in diesem Artikel vom FAZ-Autor mit (allzu) sanftem Nachdruck hingewiesen wird, nur die Regierung eines Staates verhalten, die offenbar nicht vorhat, diesen gegen einen seine Existenz bedrohenden Aggressor bis zur letzten Patrone zu verteidigen und lieber 'von ihm geschlachtet' zu werden. Sie würde vielmehr rechtzeitig die Weiße Fahne, – die von den Pazifisten, absolut dreist, mit Vorliebe zur 'Friedensfahne' umetikettiert wird –, flattern lassen. Stalin hat Hitler das Genick gebrochen; aber in Deutschland moralisch auch das Genick der Nachgeborenen, egal, ob sie für oder gegen Hitler gewesen wären. Der FAZ-Kommentator schwelgt seligen Angedenkens in den von den USA 'angeregten' gewaltigen Rüstungsanstrengungen des 'Westens' in den 60er Jahren, die er aktuellen russischen Zahlen gegenüberstellt. Der 'Westen' hat im Kalten Krieg die Sowjetunion tot gerüstet, aber danach genau umgekehrt auch sich selbst. Oder müßte 'Frieden schaffen, mit immer weniger Waffen' für 'die' Ukraine dann nicht bedeuten: ...mit immer geeigneteren Waffen!? Nicht die reine Quantität, sondern die Qualität gerade jener Waffen ist entscheidend, die 'der Westen' zu liefern sich bisher weigert. So auch den Taurus! Für Scholz hat der Taurus offenbar den Nimbus der letzten Patrone! Der Kalte Krieg, der an der innerdeutschen Grenze zum Glück nie als Weltkrieg ausgetragen worden war, hatte bekanntlich jene gewaltige Aufrüstung in Ost und West hervorgebracht, an die sich der FAZ-Kommentator in der stillen Hoffnung erinnert, diese ließe sich nach Jahren rüstungspolitischer Abstinenz und einseitiger 'Friedenspolitik' so einfach wieder in den Stiel stoßen. Aber, was nun? Schröder, Merkel und Scholz haben die Illusion vom friedliebenden 'deutschen Wesen, an dem der Welt-(Frieden) genesen soll', eifrig in die Welt hinausposaunt in der Hoffnung, alle anderen Europäer würden sich ihrem Beispiel anschließen. Eine Botschaft, die im Kontrast zu den von Putin in Vorbereitung auf das zu neuem Leben zu erweckende Großrussische Imperium veranstalteten imperialen Dehnübungen (zuerst Tschetschenien, dann Georgien und die Krim, dann der Donbas) im 'Westen' zu gewissen Irritationen geführt hatte: angefangen mit Putins Krieg gegen das aufständische Tschetschenien – völkerrechtlich noch eine 'innere Angelegenheit' der Russischen Föderation, aber wegen der auf russischer Seite überschießenden Brutalität gegenüber der 'eigenen' Zivilbevölkerung bereits am Rande des Völkermords –; dann dessen Fortsetzung in Syrien, wo die von den USA gegenüber dem von Putin ausgehaltenen Assad-Regime gezogene 'Red Line' (da es 'nur' das 'eigene – aufständische – Volk war, das durch die Faßbomben – den Vorläufern der heutigen Drohnen –

von Assad massenhaft gemordet wurde: daher *kein* 'Völkermord'...!), von der Obama-Regierung schleunigst wieder übermalt werden mußte; es folgte das bereits seit den frühen 20er Jahren (des vorigen Jahrhunderts) rebellische Georgien, dem nach der dreisten Panzer-Attacke in Süd-Ossetien, die erst kurz vor Tblissi (wahrscheinlich auf Intervention des 'Westens') zum Stehen kam, seine beiden Provinzen Süd-Ossetien und Abchasien von Putin abgezockt wurden, sodaß 'der Westen' von Merkel wieder beruhigt in den Schlaf gesungen werden konnte – und Putin mit seinen 'Dehnübungen' erst mal zu Ende war, ...um so gleich zur unverhüllten Aggression eines Kriegs gegen 'die' Ukraine, oder 'den Ukraine-Krieg', überzugehen. Auch diesem war ein massenhafter revolutionärer Aufstand vorausgegangen: die Besetzung des zentralen Platzes von Kiew, dem Majdan, durch die Ukrainer, die erfolgreich für den Sturz gegen die von Putin gesponserte ukrainische Marionettenregierung demonstrierten. Unter dem Strich hatten die genannten Volksaufstände, deren enger Zusammenhang mit dem 'Arabischen Frühling' sich allerdings nur zaghaft angedeutet hatte, unzweideutig gezeigt, daß die Völker von den im Einzugsbereich des ehemaligen Sozialistischen Lagers eingesetzten Marionetten-Regimes einfach genug hatten! Sie wollten, wie bereits Mitte der 50er Jahre (vergeblich), entweder 'in den Westen' reisen dürfen oder in ihren Ländern 'westliche' Zustände haben! Das aber war 'dem Westen' erst, *nachdem* Putin seine 'patriotischen' Dehnübungen zum Abschluß gebracht hatte, allmählich klar geworden, während viele Europäer lange noch davon ausgingen, daß sich die Russische Föderation irgendwie 'demokratisch' sanieren' lassen werde, aber keinesfalls, daß ihnen plötzlich ein dritter Welt-Krieg ins Haus stand, auf den sich vorzubereiten, sie die letzten 25 Jahre friedlich verschlafen und von Kants *Ewigem Frieden* geträumt hatten.

Wer hätte sich auch vorstellen wollen, daß ihnen nach dem 2010 ausgebrochenen 'Arabischen Frühling', der von Rußland und Iran mit chinesischer Duldung brutal niedergeschlagen worden war, die wahre Monstershow erst noch bevorstand? Aber **seit dem 24.02.2022 befindet sich Rußland mit dem 'westlichen' Europa faktisch im Krieg**, eine Erkenntnis, die in Deutschland, vorneweg bei der wiedervereinigten Linken, in dieser brutalen Eindeutigkeit ziemlich zuletzt oder erst gar nicht angekommen ist – wo man doch gerade dabei gewesen war, sich mit neuem Elan an der Renaissance des Marxismus (= Marx minus Lenin minus Stalin) abzarbeiten... (um gleichzeitig die höchst aktuellen Warnungen, die Marx vor den Weltherrschaftsambitionen des russischen Zarentums nie aufgehört hatte zu wiederholen, als 'antiquiert' oder gar als 'antikommunistisch' abzubügeln! – Seit besagtem Februar 2022 weiß inzwischen jeder, so er politisch bei Verstand ist und nachdem er hat mit ansehen müssen, wie eine Herde blutgieriger russischer Orks über ('die') Ukraine hinweg gewalzt war..., daß Polen, das Baltikum und auch Deutschland wahrscheinlich nach 'der' Ukraine die nächsten gewesen wären, wenn... die Russen nicht auf die zu allem entschlossene ukrainische Armee gestoßen wären, die, gewitzt durch vielfältige (und bis ins 13. Jahrhundert zurückreichende) Erfahrungen mit den Moskauer Zarentum, – und dem (linken) Sozialimperialismus der Sowjetmacht und dem (sozialimperialistischen) Hegemonismus Stalins inklusive – die Einnahme Kiews und damit die Besetzung ihrer Nation durch die

Moskowiter nicht erfolgreich verhindert hätten! Eine Erfahrung, die bereits Lenin und die Bolschewiki, die mit List, Gewalt, Lug und Trug die Machno-Bewegung niedergedrungen hatten, machen mußten: daß mit gegen das übermächtige Rußland widerständigen ukrainischen Kleinbauern und Landarbeitern nicht gut Kirschen essen ist...

Fazit: Seit dem 24. Februar 2022 kann selbst vom politisch hinterletzten Europäer – es sei denn einem überzeugten Putinisten (ergo Faschisten), bzw. einem linksradikalen Parteigänger des 'Globalen Südens' (ergo Sozial-Faschisten) – nicht mehr bestritten werden, daß die nach der Selbstauflösung der UdSSR und dem 1991 mit überwältigender Mehrheit erfolgten Plebiszit der Ukrainer für Ukrajina, dieser Staat keine Provinz des Russischen Zarentums ist, sondern genauso wie alle übrigen Staaten der sich aufgelöst habenden *Union* (!) der Sozialistischen Sowjetrepubliken ein unabhängiger, souveräner europäischer Staat geworden war, dessen Souveränität vom Neuem Zarentum in der direkten Nachfolge des Hitlerschen Revisionismus (1938) mit terroristischer Gewalt gegen die ukrainische Zivilbevölkerung, *rückgängig gemacht* werden soll.

Dieser Vergleich mit 1938 stellte sich selbst dann nicht als unpassend heraus, wenn der Einwand kommt, daß verglichen mit den von Hitler aus der Tschechoslowakei herausgebrochenen deutschsprachigen Gebieten, die in das Deutsche Reich 'eingegliedert' wurden, Putin doch genau umgekehrt verfähre, weil er die Einzelteile der angeblich vom 'Westen' zerlegten UdSSR wieder in den ursprünglichen Zustand des Alten Zarenreichs (*une et indivisible*) zurückversetzen will, sodaß allein aus diesem Grund zwischen dem Hitlerschen und dem Putinschen Revisionismus ein entscheidender Unterschied bestehe – was aber leider ein Fehlschluß ist! Denn einerseits besteht zwischen dem Revisionismus Hitlers und Putins in der Tat *kein* Unterschied, da ihr Ziel die Wiederherstellung eines großdeutschen bzw. großrussischen Reiches war oder ist. Und zweitens, war es ja gerade die Tschechoslowakei, deren Staatlichkeit wegen Chamberlains Konzessionen an Hitler und wegen des Separatismus der dortigen deutschen Minderheit als einheitlicher bürgerlich-demokratischer Staat zerstört wurde; dagegen wurde im Fall 'der' Ukraine 1991 kein Staat *zerstört*, sondern eine bürgerlich verfaßte sich selbst bestimmende Nation geschaffen, während mit Rußland ein in rapidem Zerfall begriffenes Reich von Teilen des Militärs und der Geheimdienste notdürftig über Wasser gehalten wurde. Zur selben Zeit hatten die Ukrainer mit überwältigender Mehrheit die von Lenin gegründete Ukrainische Sowjetische Sozialistische Republik (seit 1936/37 Ukrainische Sozialistische Volksrepublik) 1991 zur Ukrainischen Nation (Ukrajina) erklärt und sich von dem nicht mehr überlebensfähigen großrussischen Imperium abgespalten. Also zweierlei Spaltungen, und was die Ukrainer betraf wollten diese gerade nicht – im Gegensatz zu den Deutschen in der Tschechoslowakei 1938 – "**heim ins (Putin-)Reich**", dessen großrussische Vorgänger den Ukrainern seit Jahrhunderten die Existenz eines ukrainischer Staates vorenthaltenen hatten. Soviel zu den Gemeinsamkeiten zwischen Revisionisten und 'westlichen' Nationen und was sie voneinander trennt.

Exkurs Axe: In den Dreißiger Jahren bilden Deutschland, Italien und Japan eine ('globale') Achse, während der heute damit vergleichbare Zusammenschluß von Rußland, China und

Iran als eine 'Eurasische' Axe zu bezeichnen wären, woran sich die Länder des 'Globalen Südens' – wie einst 'Die Dritte Welt' an das 'Sozialistische Lager' –, anhängen sollen... Und wie die 'Achsenmächte' in den 30er Jahren ist auch die heutige Axe Ausdruck des Weltherrschaftsanspruchs Rußlands, Chinas und Irans verbunden mit dem Ziel der Beherrschung eines Weltherrschaftskonglomerats, die in Anlehnung an den Begriff des 'Imperialismus' als *empiricalistisch* zu bezeichnen ist. (Mit diesem Neologismus, einer Verdeutschung des englischen bzw. französischen *empire*, wird der *Republik* das territoriale Konstrukt des '*Reichs*' gegenübergestellt, dessen Staatlichkeit auf den Wilhelminismus und das Russische Zarentum zurückgeht – also das Kaiser-Reich und das Zaren-Reich –, deren Herrschaft als *empiricalistisch* und die wegen der von ihnen angewandten terroristischen Methoden, einschließlich der Mißachtung des bürgerlichen und des Völkerrechts als *Empirialismus* zu bezeichnen sind. *Empirialismus* ist die zu gezielter und grenzenloser Gewalt geronnene absolute Herrschaft der Imperien (*empire*) der Axe über die 'westlichen' Demokratien, die – gewaltsam – in die Reiche der Axe integriert werden sollen, und wovon ausgehend der *Empirialismus* den Kampf um die Weltherrschaft antreten wird.

Daher ist seit der Niederschlagung des Maidan-Aufstands (2013/14) und der russischen Annexion der Krim (2014) und der von Rußland zunächst unter der Hand betriebenen 'Rückeroberung' von Teilen 'der' Ukraine dieser Krieg der Axe nicht allein eine völkerrechtliche, und politische, auch keine inner-*empiriale* (revisionistische) Angelegenheit, sondern seit dem 24.02.2022, d.h. dem faschistischen Überfall Rußlands auf Ukrajina, ist dieser Krieg, zur gewaltsamen Wiederherstellung des Russischen Reichs (Imperium) führen soll, zu einem *empiricalistischen* Krieg geworden, der, wie bereits Hitlers Krieg, mit dem Ziel der Eroberung der Weltherrschaft einhergeht. Außerdem wurden beginnend mit dem Angriff der faschistischen Axe auf Israel (07. 10. 2023) die Länder des 'Globalen Südens' von der Axe gegen das 'koloniale' Europa gehetzt, damit die 'imperialistische NATO' gesprengt und die ehemalige 'Dritten Welt', die wie Cuba, Venezuela, Nicaragua etc. inzwischen aus ehemals 'sozialistischen' Gangsterrepubliken bestehen, trotz Widerstands der demokratischen Opposition in der *empiricalistischen* Axe integriert bleiben, während die Orbáns und Ficos in der EU gemeinsam mit ihrem alten Freund Erdogan früher oder später entweder von ihren Völkern abgewählt oder als Wahlbetrüger gestürzt werden! Und während sich die USA zur selben Zeit nach einem möglichen Wahlsieg Trumps in das Innere ihrer kontinentalen Festung zurückziehen werden...!

Und damit zurück zum obigen FAZ-Artikel, dessen Hauptthema ja gewesen war, ob bei der bestehenden grob skizzierten Weltlage "**Deutschland endlich nachrüsten... muß**", woraus sich als erstes die Frage ergab, ob nach 25 Jahren deutscher Wald- und Wiesen-Politik auf dem Gebiet der Landesverteidigung und angesichts eines ebenso politisch fragilen wie völkerrechtlich labilen Status der 'BRD' – der um so labiler werden muß, je stärker die Deutschen darauf beharren, daß ihnen ihre staatliche Souveränität wie die gebratene Friedentauben in den Mund fliegen wird – ob m.a.W. dieser Status, der auch nach wie vor 'irgendwie' immer noch vom Good Will der "Großen Vier" von Jalta und Potsdam abhängt, sich

vielleicht als sogar noch fragiler herausstellen könnte als derjenige 'der' Ukraine – worüber sich jeder ernstzunehmende Staats- und Völkerrechtler bzw. Militärtheoretiker eigentlich die Haare raufen müßte und woraus abzuleiten wäre, daß die von den rechten, genauso wie den linken Bundesregierungen seit den 60er Jahren systematisch vernachlässigte 'Nachrüstung' schon als Begriff längst nicht mehr die passende Bezeichnung für den inzwischen eingetretenen Zustand hinsichtlich der Verteidigungsfähigkeit dieses Staates sein kann, der sich vor allem dadurch auszeichnet, daß von dieser Bundeswehr als ernstzunehmender Verteidigungsarmee – die jahrzehntelang wortwörtlich: tot-gerüstet wurde – nur noch ein Nullum übrigbleibt! – Was auch durch die aller konsequenteste (Symbol-)Politik, auf daß die Bundeswehr zu einer entschlossenen Verteidigungsarmee nach-gerüstet werden möge, nicht in Erfüllung gehen wird. – Dahinter steht letztlich der Wunsch des westdeutschen Kapitals, den rote Faden, den dieses nach wie vor mit Moskau verbindet, nicht endgültig abreißen zu lassen. Mit all diesen sich daraus ergebenden Rücksichtnahmen und Rückversicherungen vor Augen bliebe der Politik des Bundeskanzlers als realpolitische Perspektive nur noch übrig: konfrontiert mit Putins Orks, die weiße Fahne zu schwenken – was nach Kantischen Gründen auch die einzig vernünftige Lösung wäre –, während für die Zeit nach Scholz ohnehin eine 'andere' SPD politisch angesagt sein wird: eine zur SED mutierte SPD, wie es sie bereits Anfang der 50er gegeben hat. Nur daß sich deren Wirkungsbereich dann auf das ganze (Nachkriegs-) Deutschland erstrecken wird – womit ein Wunschtraum Ulbrichts in Erfüllung ginge und sich das Problem der Nachrüstung der Bundeswehr nicht mehr stellen wird.

Dazu die unvermeidliche Gegenfrage: ob es, wie zur Zeit von Clausewitz, nicht durchaus auch heute ratsam erscheint – wobei die komplizierten Beziehungen zwischen Preußen und dem Heiligen Römischen Reichs-Torso zum Glück außen vor bleiben können –, daß, was bisher noch als Nachrüstung verstanden wurde, in Verbindung mit der Führung eines Volkskriegs modo Clausewitz nicht ohnehin auf völlig neue Füße zu stellen wäre!? Weil sich nur auf diese Weise die Landesverteidigung, wie seinerzeit gegen die Französische Hegemonialmacht, nur auf diese Weise gegen den großrussischen *Empirialismus* erfolgreich aufstellen ließe? Was dazu im engeren Sinn auf militärischem Gebiet zu geschehen hätte, werden, wie zu hoffen ist, und wenn sie nicht völlig pazifistisch verblödet sind, kompetente Militärwissenschaftler und -theoretiker besser ans Licht zu bringen verstehen als der Laie. Aber auch, was die *politischen* Schlußfolgerungen betrifft, brauchen wir diese nicht mehr, wie Clausewitz vor 200 Jahren, einem übergriffigen (preußischen) Staat zu überlassen, nachdem das Politische inzwischen nicht mehr ausschließlich Sache der Geheimräte des Monarchen ist (obwohl sich auch das wieder ändern könnte), zumal das Politische, speziell das Welt-Politische, seit Marx und Engels zum festen Bestandteil der "**foreign policy der working class**" gehören! (Was sogar manchem Monarchen in bestimmten politisch-militärischen Zwangslagen am Ende auch nichts besseres einfallen ließ als das Volk, selbstverständlich unter seiner *tutelle*, gegen den Usurpator zu bewaffnen. (Verglichen mit diesem großem Vorbild bleibt Putin eher ein drittklassiger Fouché, der, gepusht von seiner Mafia, nach oben gestol-

pert wurde; ein Napoleon ist er mitnichten –, und was die ukrainische Armee nach seinem schmachvoll geflopten Sturm auf Kiew eindrucksvoll bewiesen hat!). Da in Deutschland die Basis, von der ausgehend eine starke Verteidigungsarmee 'nach-zurüsten' wäre, so gut wie nicht mehr vorhanden ist, verbliebe abgesehen von Clausewitz dann noch die Auf-rüstung der Bundeswehr im Rahmen der NATO übrig (was als prophylaktische Abschreckungsmaßnahme fürs erste auch nicht schlecht wäre), aber die Landesverteidigung als Volkskrieg im Stil von Clausewitz keinesfalls ersetzen kann. Außerdem würden die 'westlichen' Europäer mehr als 20 Jahre benötigen, um zum Niveau der Bundeswehr aus den 80er Jahren zurückzukehren; von daher wäre in erster Linie nicht die Art der Bewaffnung, (worauf sich heutige Rüstungs-Debatten zumeist beschränken), sondern die Art des (Verteidigungs-)Krieges, auf den sich Deutschland vorbereiten muß, zur Disposition und zur Diskussion zu stellen.

Abgesehen von der Résistance gegen Hitler und das faschistische Deutschland endeten die einzigen nach dem 2. Weltkrieg geführten Volkskriege mit einer Niederlage der jeweiligen Hegemonialmacht: in Afghanistan mit dem Abzug der Soveckaja Armija und in Vietnam mit einem fluchtartigen Abzug 'der Amis' aus (dem ehemaligen) Saigon; während also die Volkskriege gegen den Nationalsozialismus sowie gegen die UdSSR in Afghanistan jeweils einen Systemwechsel zur Folge hatten, trat dieser mit dem Abzug des US-Imperialismus aus Vietnam, anders als die 'Antiimperialisten' der 60er Jahre erhofft hatten, nicht ein. Wer sich also heute die Niederlage des Putin-Regimes in Ukrajina herbeiwünscht, sollte hinzufügen, welchen Systemwechsel er damit verbunden sieht. Der Sozialismus in der Sowjetunion der 60er Jahre gehörte jedenfalls nicht dazu. Andererseits hat Putin im Laufe der letzten 25 Jahre genug 'Argumente' geliefert, daß auch sein durch einen (anti-empiricalistischen) Volkskrieg herbeigeführter Sturz mit einem Systemwechsel verbunden sein wird. (Entsprechende Vorbilder wären die anti-empiricalen Volksaufstände in Ost-Berlin, Ungarn und Polen in den 50er Jahren.) Die Frage nach der Aufrüstung der Bundeswehr und nach der Art des Krieges gegen den Empirialismus wäre daher zu ergänzen durch diejenige der Art des Systems nach dem Sieg des Volkskriegs à la Clausewitz.

18.09.

FAZ: "**Dramatisch wird es, wenn Flächen versiegelt sind**". Ökologe über Hochwasser (17.09.):

In diesem Artikel wird 'aus gegebenem Anlaß' der Vorschlag eines Ökologen diskutiert, wie zur Verhinderung der in der letzten Zeit zunehmenden Hochwasser-Katastrophen die Flußtäler zu renaturieren wären, damit sich die ablaufenden Regengüsse nicht mehr ungebremst in diese ergießen können, wo sie zuletzt ganze Siedlungen und Dörfer mit sich gerissen haben. Da Vorschläge wie dieser aber wohl eher nicht zu den Lieblingsthemen der Grünen und ihrer in umfangreiche Gesetespakete verpackten Maßnahmen zur Vermeidung von bei der industriellen Produktion (und Reproduktion) austretenden klimaschädlichen

Gasen gehören und weil er in erster Linie die Landwirtschaft betrifft, mit deren Ausbreitung in den letzten 300 Jahren die Flußauen und Moore aus der mitteleuropäischen Kulturlandschaft so gut wie verschwunden sind, werden Vorschläge zu ihrer Renaturierung eher selten mit der Überlegung verbunden, dieses klimaschädliche Gas auf natürliche Weise an sog. CO₂-Senken zu binden, anstatt diese ausschließlich in die Erde zu versenken. Die Idee der Renaturierung von CO₂-Senken hört sich ökologisch verlockend an. Sie kollidiert allerdings unmittelbar mit der Intensivierung der Landwirtschaft, die, soweit zwangsläufig 'marktwirtschaftlich' betrieben, ja erst zum Verschwinden der Moore und Flußauen aus den sog. Kulturlandschaften Mitteleuropas und zu der bis heute nicht gekannten Häufung von Hochwasser-Katastrophen geführt hat, die von (Grünen) Politikern als ökologisches Menetekel und von Presse, Funk und ...Internet als (politisch) werbewirksame Horrormeldungen gepusht werden.

Mit den Möglichkeiten des Einfangens von CO₂ auf natürliche Weise und den eher langfristig wirksamen Maßnahmen zur Verbesserung des Hochwasserschutzes beschäftigen sich Öko-Institute, wie das **Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung** in Leipzig, wo die FAZ einen Mitarbeiter interviewt hat: **»Mehrere europäische Länder kämpfen derzeit gegen Hochwasser. Menschliche Eingriffe in die Flußlandschaften verschärfen die Situation, sagt der Ökologe Mathias Scholz im Interview – und erklärt, warum die Auen renaturiert werden müssen.«** Mit der Beseitigung klimaschädlicher Gase aus 'der Umwelt' (und bspw. deren Versenkung in Kavernen unter der Nordsee läßt sich wahrscheinlich viel (staatliches) Geld ausgeben (und verdienen), mit der Renaturierung von Flußauen und mit dem Rückbau von autobahn-ähnlich begradigten Gewässern sowie der Rückverwandlung des als holzwirtschaftliche Monokultur in Reih und Glied aufgestellten Deutschen Waldes (dessen heutiges Erscheinungsbild einem stark kariösen menschlichen Gebiß gleicht) wohl eher nicht. **»Wenn Flüsse begradigt werden, fließt das Wasser schneller ab.«** Es hat kaum Zeit, im Boden zu versickern, viele begradigte Gewässer führen in Flußtälern zu rapidem Anstieg der Flußpegel. **»Besonders dramatisch wird es, wenn Flächen versiegelt sind, da das Wasser dann nicht mehr versickern kann und oberflächlich abfließt. In der Folge staut sich das Wasser in den Tallagen, was zu Schäden führt.«** Ein charakteristisches Beispiel dafür sei der Rhein, dessen Flußauen inzwischen zu über 90% **»verloren gegangen«** sind. Dadurch wird sich das Wasser schneller durch das Flußtal bewegen und bei abnehmendem Gefälle in kürzester Zeit zu verheerenden Überschwemmungen aufstauen. Nicht begradigte Flußsysteme mit noch vorhandenen Auen **»fungieren dabei wie ein Schwamm«**, der überschüssiges Wasser in sich aufsaugt und speichert und bei Trockenheit wieder abgibt mit den entsprechenden (positiven) Auswirkungen auf das Grundwasser. Die Herausforderung bestehe, so Scholz, also darin, **»den Flüssen wieder mehr Raum zu geben und ihre natürlichen Abläufe zu unterstützen«**. Aber die Fakten sähen anders aus: **»In Deutschland haben wir entlang der großen Flüsse«**, die in den meisten Fällen bei den Hochwasserkatastrophen im Mittelpunkt stehen, **»70 bis 90 Prozent unserer Flußauen verloren«**, was bedeu-

tet, »daß nur etwa zehn Prozent bis ein Drittel der ehemaligen Auen als Überflusauen verfügbar sind«. Aber auch viele der rein optisch noch bestehenden Auen haben ihre Funktion als Bremse für Überschwemmungen verloren. Denn ihre nährstoffreichen Böden waren schon immer als landwirtschaftliche Nutzfläche gefragt. Um aber ihre Funktion zur Speicherung überschüssigen Wassers, wie auch als Lebensraum für von dort verschwundene Tier- und Pflanzenarten zurückzugewinnen, wäre als Minimum notwendig, »etwa 20 Prozent« der ursprünglich geeigneten Flächen, in der Summe von der Größe des Saarlands, zu renaturieren. Dazu wäre vonseiten Deutschlands und der EU erforderlich, viel Geld in die Hand zu nehmen.

Aber um noch einmal auf den Ausgangspunkt, d.h. die natürliche und ohne zusätzlichen Anstoß von außen selbsttätig wirkende Bindung von CO₂ aus der irdischen Atmosphäre, d.h. auf die CO₂-Senken zurückzukommen: mit dem Amazonas-Becken hatte die Menschheit bis vor kurzem noch eine solche, sogar global wirksame, CO₂-Senke besessen, die über die Jahre wegen des systematischen Einschlags von Luxushölzern und der Schaffung von Viehweiden vernichtet wurde, auf dessen kargen Böden heute Rinderherden grasen, deren Fleisch zu Tierfutter für Haustiere und Steaks verarbeitet wird. Eine das Weltklima unmittelbar beeinflussende CO₂-Senke weniger! Weitere Beispiele dieser Art werden zweifellos folgen. Die Menschheit kann unter Beibehaltung der heute herrschenden Produktionsweise diesen Planeten zwar auch mit Hilfe von Atombomben unbewohnbar machen. Oder eben durch die Vernichtung der restlichen noch vorhandenen globalen Co₂-Senken – und dies vielleicht sogar noch gründlicher als mit diesen Bomben. Auf die Außerirdischen, die die Erdenbewohner durch ein kosmologisches Thanksgiving-Wunder noch rechtzeitig vor dem Hungertod bewahren werden, sollte sie jedenfalls nicht warten. Aber vielleicht hat ja der geniale Elon für unser Problem noch eine geniale Lösung parat...

20.09.

Impertinente Wahlkampfhilfe.

Gretas Klima-Akteure sehen sich von den 'sintflutartigen Regenfällen' der letzten Tage in Ost-Europa dazu inspiriert, ihre Klima-Bewegung wieder auf Vordermann zu bringen. Sollen sie! Als impertinent stellt sich jedoch ihr 'anti-faschistisches' Konstrukt dar, das beinhaltet, daß alle gewöhnlichen Sterblichen, die Gretas ominöse Klima-Bewegung nicht unterstützen wollen, dies auf Grund ihrer 'rechten' Überzeugung täten. Da wird manch ein zukünftiger Wähler, falls er das liest, zu sich vielleicht sagen: wenn ich Die Rechte bisher nicht gewählt habe, könnte sich das vielleicht ändern. In dieser Dialektik gefangen wäre Greta zur rechten Wahlkampfhelferin geworden. Danke, Greta!

21.09.

Im Unterschied zu allen übrigen Erdenbewohnern ist der *homo sapiens sapiens* als einziger von ihnen imstande, seine Naturschranke zu überspringen. Allerdings ist ihm das auf dem Gebiet der gesellschaftlichen Verhältnisse bisher noch nicht gelungen. Auf vielen anderen inzwischen schon. Gerade das wäre aber notwendig, um nicht nur als *species*, sondern auch als *gesellschaftliches* Wesen zu überleben. Historisch hat er es bis zur allgemeinen Anerkennung des Ideals der politischen Gleichheit gebracht; es fehlt zu deren Vollendung die Ökonomie. Diese Diskrepanz wurde über viele Epochen der Menschheitsgeschichte hinweg durch die Idee der politischen Gleichheit, die im Angesicht des Weltenschöpfers angeblich herstellbar sei, allerdings nicht überwunden, u.a. weil sich herausgestellt hat, daß nur ein minimaler Bruchteil der Menschheit Eigentümer der Produktionsmittel ist, mit denen der Mensch sein irdisches Leben reproduziert, während die überwiegende Mehrheit der Erdenbewohner entweder als Sklaven leben gelassen wurde, um wie ein Haustier das Leben ihrer Herren zu reproduzieren bzw. sich als Nicht-Eigentümer der Produktionsmittel als Lohnsklaven reproduzieren zu müssen. Ursprünglich hat der Mensch so wie viele andere höhere Lebewesen seiner *species* sich innerhalb derselben, um zu überleben, gemeinschaftlich reproduziert. Was ihn im Verlauf der Evolution von den tierischen Bewohnern dieses Planeten unterschieden hatte, bestand in der Fähigkeit, seine eigene Lebensweise zu reflektieren. Auf diesem Gebiet hat er sich so weit entwickelt, daß er inzwischen objektiv in der Lage zu sein scheint, diesen Planeten 'global' für sich unbewohnbar zu machen und sich dadurch als menschliche Gattung selbst auszulöschen. Dies zu vermeiden wäre wiederum nur er selbst in der Lage. Aber dazu müßte er auch die gesellschaftliche 'Naturschranke' überwinden. Das ist ihm bis heute vor allem deshalb nicht gelungen, weil er sich bei all seinen Versuchen, dieses Problem zu lösen, bisher als echter Goethescher Zauberlehrling erwiesen hat, der den Code vergessen hat, um den sich verselbständigenden Zauberbesen sich wieder in die Ecke stellen zu lassen.

Bei seinen bisherigen Versuchen, die gesellschaftliche Naturschranke zu überspringen, halfen dem Menschen zwar die großartigen Erkenntnisse der Natur-Wissenschaften aber nur bedingt weiter. Daher diente vor Marx und Engels die Hegelsche Dialektik als einziges brauchbares wissenschaftliches Werkzeug dazu, bei der Überwindung der gesellschaftlichen Naturschranke einen Durchbruch zu erzielen. Dazu haben die gewaltigen Erkenntnisse der Naturwissenschaften, desto mehr es wurden, aber nur bedingt weitergeholfen. Der Durchbruch, den Marx bei der Lösung dieses Problems erzielte, ist mit dem von Galilei auf dem Gebiet der kosmologischen Erkenntnis vergleichbar. Dieser Durchbruch gelang auf Grund der Überwindung des Dogmatismus bei der Überwindung der gesellschaftlichen 'Naturschranken', die den Menschen über die Schranken der naturwissenschaftlichen Erkenntnisse hinaus befähigen wird, sich auch aus den gesellschaftlichen Naturschranken befreien zu können und dies auch zu tun.

23.09.

Von der AfD mit Vorliebe benutzte Begriffe: 'Volksouveränität', 'Volksfront

FAZ-Überschriften:

"Kanzler Scholz und die Suche nach dem Frieden";

"Rußland liefert trotz Sanktionen weiter Öl in die EU";

"Warum Prigoschin trotz Aufstand gegen Putin verehrt werden darf";

"Rußland muß im Ukraine-Krieg zu Frieden gezwungen werden" ...

Lektüren:

Ilko-Sascha KOWALCZUK. *Ulbricht I* (664 ff.):

Walter Ulbricht (W.U.) will nach dem 'Anschluß' der CSR die SPD erneut zu Gesprächen einladen. Der 'Anschluß' Österreichs und des Sudetenlandes bedeute nach W.U. Krieg. Die Judenpogrome vom 10.11.1938 seien für Hitler **»eine Waffe der faschistischen Kriegspolitik«** gewesen. Die **"Judenfrage"** lasse sich, so der **"SS-Sicherheitsdienst"**, auf legalem Weg nicht weiter steigern: kompletter Ausschluß aus dem Öffentlichen Leben, Festnahme von 25-30.000 Juden, einem Zehntel der jüdischen Bevölkerung. 1.300 Tote und viele Schwerverletzte;

30.000 Juden! Für mich eine erstaunliche Zahl, wenn ich diese zu den 6 Mio in deutschen KZs ermordeten Juden ins Verhältnis setze, eine Diskrepanz, die mir nie bewußt war! Was für die übrigen europäischen, vor allem osteuropäischen Länder, die Deutschland überfallen hat, heißt, daß sich die Mehrheit der Deutschen offenbar als eine diesen gegenüber zivilisierende Nation begriffen hat, die zu den 'nicht- zivilisierten' Osteuropäern, zumal den Juden, schon immer einen gehörigen Abstand hergestellt sehen wollte.

(665) Plünderung von Synagogen, von 7.500 Geschäften = Radikalisierung des Antisemitismus. 80.000 Juden verlassen bis 1939 Deutschland, was auf eine rassistische Neuordnung Europas durch die Nazis hinausläuft. Es folgt, bereits als Ausgangspunkt für den Holocaust, die 'Arisierung' der deutschen Wirtschaft und die Wiederherstellung Deutschlands als ('andere') Kolonialmacht; 'Kolonien' im NS-Jargon bedeutet: Eroberung von 'Lebensraum' für die wahren 'Kulturrassen', der von 'minderwertigen' Nationen, die diese 'Lebensfläche' besetzt halten, umgeben ist. Was der Forderung Deutschlands nicht widersprach, daß England, so Goebbels, ihm seine früheren Kolonien aus der Zeit von vor 1919 zurückzugeben habe.

Ein Grund für Hitlers Phobie – ähnlich der Putins – vor dem 'westlichen' Kapitalismus ist, daß Deutschland nach Bauernkriegen und Reformation den Kolonialismus 'verpaßt' hatte und diesen erst Ende des 19. Jahrhunderts durch die wilhelminische Flottenpolitik meinte nachholen zu müssen. Dieser Nachholprozeß der 'verspäteten Nation' als künftiger 'Weltmacht' kam auch in dem 'aufgeklärten' Verhältnis, das Deutschland im Unterschied zu den klassischen Kolonialmächten vor dem 1. Welt-

krieg in seinen Kolonien zu den 'Kolonialvölkern' unterhielt, zum Ausdruck. In einer ähnlichen Situation befinden sich heute die 'Länder der Dritten Welt' in ihrer Beziehung zu den Achsenmächten Rußland, China und Iran, die sich aus dem 'antiimperialistischen Bündnis' der 'Völker der Dritten Welt' mit der UdSSR und der VRCh im 'gemeinsamen Kampf' gegen den 'westlichen' Imperialismus in ein 'modernes' Unterdrückungs- und Ausbeutungsverhältnis, einen 'antiimperialistischen' Faschismus wie dem in Mittelamerika (Venezuela, Nicaragua, u.a.) verwandelt hat.

Mit seinem Hinweis auf die 'Jim-Crow-Gesetze', die zur selben Zeit wie Roosevelts New-Deal-Politik beschlossen wurden, versucht Kowalczuk eine Parallele vom 'westlichen' Kapitalismus zu Mussolinis Korporatismus und Hitlers 'Volksgemeinschaft' zu ziehen ,...

...die ich für ungerechtfertigt halte: aus ihrem Kampf gegen den europäischen Faschismus und dessen Korporatismus und gegen seine 'Volksgemeinschaftsideologie' haben die USA und die 'westlichen' Demokratien und mit ihnen der 'westliche' Kapitalismus überlebt und dabei die nach der von Stalin inszenierten revolutionären Konterrevolution (Kirow-Mord 1934) verbliebene *objektive* Bedingung – mag sein: ungewollt – verteidigt, die es den im Verständnis von Marx und Engels 'westlichen' Arbeiterklassen erlaubte, dem preußischen Korporatismus Lassalles (Gothaer Parteitag der SAP 1875) und dem Faschismus Hitlers den Marxschen Kommunismus entgegenzusetzen. Ulbrichts Karriere vom lassalleanisch inspirierten Handwerker-Sohn zum in Ost-Berlin von Stalin eingesetzten Arbeiter-Diktator hat Kowalczuk als 'westlich' beeinflusster (Ost-Berliner) deutscher Historiker umfassend beschrieben und diese Lebensgeschichte eines Chefs der deutschen Arbeiterbewegung durch eine das ganze vertiefende Quellenarbeit plastisch entwickelt. (Als etwas störend erweist sich der stellenweise eingestreute Gender-Sprech, nach welchem in ein paar Jahren kein Hahn mehr krähen wird.) Da der Leser in diesen beiden Bänden eine Biographie und keine *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung* vor sich hat, ist d.A. bei den einzelnen (ihm als wichtig erscheinenden) Stationen der Ulbrichtschen Karriere nur punktuell in die Tiefen (und Untiefen) der 1917 ins Rollen gekommenen Proletarischen Weltrevolution eingestiegen, hat sich aber mit dieser nur intensiver befaßt, als damit Ulbrichts Story erzählt werden sollte und sich daher konsequent an die Form der politischen Biographie gehalten. So wird auch erst gar nicht versucht, etwa der moskowitzisch inspirierten Ulbrichtschen *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung* eine eigene Version gegenüberzustellen, die nach dem heutigen Erkenntnisstand von Stalins *revolutionärer Konterrevolution* einschl. der Liquidierung des Leninismus, beginnend mit dem von ihm inszenierten Kirow-Mord (1934) auszugehen hätte. Aber auch ohne sich tiefer gehend darauf einzulassen, wird dem mit der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung einigermaßen vertrauten Leser ein neuer Blick auf die untergegangene DDR eröffnet. Nur ... leider findet sich auch ein Haar in der Suppe, wenn sich Kowalczuk den in der ehemaligen DDR üblichen und auch heute noch den in 'Ossiland' ge-

pfliegten anti-amerikanistischen Zungenschlag nicht ganz verkneifen kann, wenn er etwa zum US-amerikanischen Rassismus erklärt:

»Die rassistischen "Jim-Crow-Gesetze" der USA boten Anschauungsunterricht, den die Nationalsozialisten offensiv zu nutzen wußten. Und der New Deal von Präsident Roosevelt erinnerte nicht nur Zeitbeobachter an den staatlich-autoritären Korporatismus Mussolinis oder Hitlers Totalitarismus mitsamt dessen Volksgemeinschaftsideologie. Mit anderen Worten, vieles von dem, was dem Nationalsozialismus als eine originäre Ideologie und sein ureigenes politisches Programm zugeschrieben wird, entsprach durchaus dem Zeitgeist und findet sich in Versatzstücken in vielen politischen Strömungen wieder. Erst die Gesamtheit der Elemente konstituierte die NS-Ideologie«...

...den »Zeitgeist« nicht aber automatisch »die NS-Ideologie« und deren enge Verbindung zu den fortwabernden ständischen Restbeständen der Deutschen Geschichte, die sich beispielsweise von der 'gelungenen' Entwicklung des Kapitalismus in den USA elementar unterscheidet! Nur unter dieser Voraussetzung konnten die USA im Bündnis mit ihren kapitalistischen Konkurrenten in Europa, soweit sich jene auf die Seite der Hitler-Gegner geschlagen hatten, den globalen Zweifronten-Krieg mit Deutschland *und* Japan als die stärkste der vier Siegermächte beenden. Von besonderer Absurdität ist die Tatsache, daß die Atombomben von Hiroshima und Nagasaki auf Entdeckungen europäischer, insbesondere deutscher Physiker, zurückgehen (deren Schüler gezwungen waren, aus 'rassistischen' Gründen in die USA auszuwandern) und die, soweit sich solche in Deutschland 1945 unter der sowjetischen Besatzungsmacht befanden, von Stalin eingesackt und in die Sowjetunion verbracht wurden, wo sie als die Alchimisten des 20. Jahrhunderts eben jene Wunderwaffe, die von den USA gegen Japan so erfolgreich eingesetzt worden war, zu erfinden hatten, mit der sich dann, von Moskau aus betrachtet, vielleicht auch über Hitler hinaus der 'westliche' Kapitalismus hätte 'überwinden' lassen.

Fazit: trotz 'Jim-Crow-Gesetzen, und der historischen Hypothek US-amerikanischer 'colored' Sklavenhalter-Wirtschaft und trotz Vertreibung und größtmöglicher Vernichtung der 'indigenen' Steppenvölker und deren Zuweisung in mit der Regierung vertraglich vereinbarte Reservate sind die USA ein 'westlicher' Verfassungsstaat geblieben und selbst im Vietnam-Krieg nicht zu einem 'USA-SA-SS'-Faschismus mutiert; schon allein deshalb nicht, weil es in ihren vornehmlich angelsächsisch geprägten politischen 'Genen' angelegt zu sein scheint, die Antagonismen, die den Bestand des 'westlichen' Kapitalismus gefährden könnten, zwar bis Zum-Geht-nich-mehr auszureizen, dabei aber das Erreichen der Grenze des Durchschnittsprofits niemals als Ziel aus den Augen zu lassen. Such is capitalism!

Dagegen hat sich in Deutschland ein offenbar in letzter Instanz auf nur noch faschistische Weise steigerungsfähiger und in 'unseren' historischen Genen tief verwurzelter mittelalterlicher Korporatismus – egal, ob von Rechts oder Links – am Leben erhalten, dessen Überwindung den Sieg einer bürgerlichen Revolution, ähnlich

derjenigen in Frankreich oder in den USA – und mit dem UK als Sonderfall – voraussetzt, deren mißglücktem deutschen Versuch Marx und Engels 1848 in einer Mischung aus Verachtung und Verzweiflung, verbunden mit tief empfundener Skepsis, gegenüberstanden. Aber gerade deshalb waren die beiden Wissenschaftler des Kommunismus und zugleich revolutionären Politiker des Proletariats nach der 1848 verpatzten bürgerlichen Revolution – die Bourgeoisie schlug sich auf die Seite der Preußischen Konterrevolution, auf deren Initiative hin, lediglich einige Douane-Schranken zwischen den deutschen Kleinstaaten ein wenig reduziert wurden – also gerade keine 'anti-deutschen' Ignoranten den ungelösten nationalen Fragen gegenüber – den deutschen Sonderfall inbegriffen – gewesen, sondern haben sich die in den Kämpfen der (ost-)europäischen Völker gegen das (sich) überlebt habende feudale Mittelalter politisch und publizistisch engagiert wie gegen die nach 1848 einsetzende Bedrohung des 'Westens' durch das erstarkte konterrevolutionäre Rußland. Inzwischen befindet sich ein neuer faschistisch steigerungsfähiger Korporatismus, wie ihn die Deutschen offenbar immer wieder als *déjà vue* erleben, schon längst nicht mehr in der post-sowjetischen Warteposition, sondern auf dem Sprung zu einer neuen faschistischen 'Welt-Revolution', die seit Nine Eleven (2001) von der Axe gegen den 'Westen' beharrlich vorangetrieben wird, um dem 'westlichen' Kapitalismus endgültig den Garaus zu machen und ihn im faschistisch gesteigerten Korporatismus der Axe und dem beispiellosen Rassismus des 'Globalen Südens' (wie er im Judenmord à la Gaza in einer mit unter dem NS vergleichbaren Brutalität das Haupt erhoben hat) zu ersäufen...

Vor diesem noch unvollständig skizzierten Hintergrund wäre dem Autor und seinem 'Jim-Crow'-Vergleich zu widersprechen, mit dem er sich unversehens im klassischen Antiamerikanismus von SED und 'westlicher' Linker wiederfindet. ...

(665) Es war daher auch nicht die »**Gesamtheit der Elemente**«, aus der die 1871 von Bismarck inszenierte Konstituierung der deutschen Staatlichkeit hervorging, sondern vor allem die in ihrer ganzen Eigenart verquere historische Entwicklung, aus der diese naturwüchsig wie in einer Wagner-Oper auf ihrem Weg 'von der Nacht zum Licht' in der rüden Wirklichkeit des 'westlichen' Kapitalismus aufgetaucht war und trotz der nicht stattgefundenen 'Verwestlichung', die ihm im 30-jährigen Krieg fast völlig abhanden gekommen war, Deutschlands Auftauchen unter den 'zivilisierten Völkern' von der westlichen Bourgeoisie mit derselben Begeisterung gefeiert wurde, wie es zwei Generationen später mit dem Nationalsozialismus und dem sowjetischen Staats-Kommunismus auf ähnliche Weise geschah. Beide Revolutionen – mit oder ohne Parenthese – nährten sich politisch aus einer eng miteinander verwandten historischen Geschichtslosigkeit, aus der heraus Stalins revolutionäre Konterrevolution begründet wurde.

29.09

Die Bolschewiki haben sich schließlich selbst in die Lage gebracht, hauptsächlich den Staat und umso weniger die proletarische Revolution zu verteidigen, wodurch sie sich nicht nur gegenüber dem Weltproletariat völlig isoliert haben.

Nowgorod

Durch kaum etwas hat sich der Gegensatz zwischen 'westlichem' Kapitalismus und (Stalins) 'revolutionärem' Großrussentum in die Köpfe der westlichen Linken tiefer eingebrannt als durch die berühmte Szene in Sergej Eisensteins Film *Alexander Newski*, worin die Schlacht auf dem zugefrorenen Peipus-See zwischen Deutschen Ordensrittern und der Stadt Nowgorod unter dem Fürsten Alexander Jaroslavic (Newski) sehr mitreißend erzählt wird. Ironischerweise hatte das an der Grenze zu Finnland (nicht weit vom späteren Petersburg) gelegene und bis an den Ural reichende Nowgorod zu jenen Fürstentümern der Kiewer Rus gehört, dessen Verbindungen zum 'Westen' (und zur Hanse) Moskau schon frühzeitig ein Dorn im Auge gewesen waren, den es als Hindernis für die künftige Ausdehnung Moskaus in Richtung Westen zu beseitigen galt – mit dem Ziel, Moskaus Herrschaft über die Fürstentümer der Kiewer Rus Schritt für Schritt durchzusetzen und zu sichern. Aus Sicht des heutigen Betrachters erscheint die Schlacht auf dem Peipus-See in Eisensteins 1938 gedrehtem Film aber so als werde dieses Verhältnis Nowgorods zum 'Westen' darin historisch seitenverkehrt dargestellt: als das Ringen des aggressiven 'Westens', vertreten durch die deutschen Ordensritter, mit dem friedlichen Rußland und mit seinem heldenhaften Verteidiger, Alexander Newski, und nicht etwa als die zu jener Zeit üblichen Kleinkriege zwischen politisch, ökonomisch und territorial einander bekämpfenden feudalen Konkurrenten. (Als Ergebnis einer weiteren Verkehrung – diesmal jedoch in den deutsch-sowjetischen Beziehungen – wäre zu verbuchen, daß der Film nach Abschluß des Hitler-Stalin-Pakts in der UdSSR aus dem Verkehr gezogen wird...)

Aber zurück zu Alexander Jaroslavic und zu Weliki Nowgorod und zu beider Verhältnis zur Stadt Moskau: Im Unterschied zu den Fürstentümern der Kiewer Rus entwickelt Moskau erst relativ spät eine hinreichende Machtposition, um es mit den Kiewer Fürstentümern aufzunehmen zu können. Diese verschafft es sich durch einen Trick, indem Moskau den mongolischen Khans vorschlägt, für sie den Steuereintreiber bei den unter ihrer Herrschaft stehenden Kiewer Fürsten zu machen; der Vorteil: die Leute des Khan müssen nicht selbst von Hof zu Hof reiten und sich dabei Ärger einhandeln, sondern der Khan bekommt zum vereinbarten Termin mit den kassierten Tributen eine Abrechnung geliefert, und die Moskauer auf Grund der ihnen von den Kahns geliehenen Machtposition die Möglichkeit, die Kiewer Fürsten bequem gegeneinander ausspielen zu können; diesem abgefeymten Spiel scheinen sich die Fürsten von Nowgorod und Wladimir durch das Aushandeln von Sonderkonditionen mit den Mongolenherrschern lange Zeit entzogen und dadurch eine relative Unabhängigkeit bewahrt zu haben... Dieses Nowgorod spielt in Eisensteins Film eher keine Rolle.

Die Gründe:

1. Das hauptsächlich in Richtung Osten orientierte Nowgorod ist ein ursprünglich zum Kiewer Fürstentum der Rurikiden gehörender, aber handelspolitisch zunehmend eigene Wege gehender 'westlicher' Stadtstaat, unter dessen Adel (Bojaren) demokratisch verfaßte ständische Verhältnisse zugelassen werden, die es den städtischen Handwerkern und Kaufleuten erlauben, eigene Beratungsorgane (Wetsche) zu organisieren, während der Nowgorod regierende Fürst, der aus benachbarten Fürstentümern – häufig aus Wladimir – kooptiert wird in der Regel auch über besondere militärische Fähigkeiten verfügen sollte, und dessen Herrschaft von den Bojaren und dem Wetsche bestätigt werden muß, und der auch schon mal, wenn er seinen Job nicht zur allgemeinen Zufriedenheit erledigt, 'vom Hof gejagt' werden kann. Unter diesen für ihre Zeit äußerst günstigen politischen Voraussetzungen findet die Erschließung der östlich und nordöstlich von Nowgorod liegenden Territorien statt, die bis an das Nordmeer und den Ural reichen, und auf deren Beherrschung Nowgorods Handel mit Pelzen, Wachs, Honig, Fisch, Holz, Eisen... und somit sein großer Reichtum beruht.

2. entsteht aus dem Konflikt zwischen dem ständisch-demokratischen Nowgorod und den Oberhäuptern der Stadt Moskau, die ihren Job bei den mongolischen Khans zum Ausgangspunkt ihres Aufstiegs zum autokratisch regierenden Russischen Zarentum machen werden, der Systemgegensatz zwischen ständischer Demokratie und (terroristischer) Autokratie, der in Eisensteins Film unterbelichtet bleibt, sodaß darin der Sieger vom Peipus-See problemlos in die Reihe der Verteidiger der (groß-)russischen Welt' (dem *ruskyj mir*) eingereiht werden kann, indem Alexander Newski ein Image verpaßt wird, das eher dem eines antiken Helden nahekommt, und mit dem historischen Herrscher von Nowgorod eher nichts zu tun hat. Oder soweit noch gewisse Ähnlichkeiten mit Alexander Newski bestehen mögen, dieser in Eisensteins Film eher einem idealtypisch dargestellten russischen Adligen gleicht, der das 'Heilige Rußland' gegen die Übermacht der 'westlichen' Kreuzritter verteidigt als einem der Kiewer Rus (immer noch) angehörenden historischen Herrscher von Nowgorod. Selbst daran stimmt historisch wohl nicht mal die Hälfte.

Zur Zeit Alexander Newskis – im 2. Drittel des 13. Jahrhunderts – war Nowgorod mit mindestens vier feudalen Konkurrenten konfrontiert, die auf die Quellen seines Reichtums erpicht waren: den Dänen, den Schweden, den litauischen und, wie im Film dargestellt, den deutschen Kreuzrittern, von denen jeder den Ostseehandel kontrollieren wollte, an dem Nowgorod aber nur ein sekundäres Interesse hat; worauf u.a. der Friedensvertrag Nowgorods mit Schweden hindeutet, in dem die in die Ostsee fließende Nawa als Grenze zwischen den Nowgorodern und den Schweden, der Nowgorods Zugang zur Ostsee blockieren soll, festgelegt wird. Daraus ließe sich schließen, daß die Einflußgebiete Nowgorods eher im Osten und wohl auch auch im Norden lagen, – und nicht, wie sich an der Expansionsrichtung der späteren Moskauer Großfürsten und der russischen Zaren zeigen wird, in westlicher Richtung, also in Richtung Ostsee, Polen, Deutschland liegen wird – ein Trend, der seit Peter I. seit Beginn des 18. Jahrhunderts eindeutig auf die Beherrschung der Ostsee und ih-

rer Anrainer sowie des Ostseehandels hindeutet, das Schlüsselmotiv, warum Anfang des 18. Jahrhunderts Petersburg aus dem Boden gestampft werden wird.

3. mag Alexander Newskis Sieg über die Kreuzritter in der Schlacht am Peipus-See für sich betrachtet und soweit von ihm in Eisensteins Film erzählt wird, zwar durchaus einen frühen Vorläufer des im 20. Jahrhundert errungenen epochalen Siegs der slawischen Völker und Nationen gegen die Übermacht der faschistischen deutschen Orks symbolisieren, die historische und politische Bedeutung dieser Schlacht geht darin aber nur zu einem geringen Teil auf, weil Weliki Nowgorod und die Schlacht am Peipussee, wie hier nur angedeutet werden konnte, für eine völlig konträre und der moskowitischen diametral entgegengesetzte Entwicklung der slawischen Völker und Nationen Rußlands steht, deren Kontrast zum großrussischen *Empirialismus* besonders dann hervortritt, wenn Reste der altrussischen Demokratie auf den *russkyj mir* stoßen und, wie wir sahen, sie in der ständisch-demokratischen Verfassung Nowgorods und nicht zu vergessen auch in der landwirtschaftlichen Kommune der *commune rurale* bis ins 19. wirksam waren und die in der Oktoberrevolution (aus hier nicht näher auszuführenden Gründen) nicht zum Zuge kamen, die aber nicht zufällig zu einem der zentralen Forschungsprojekte der Partei Marx (mit dem großen 'P') in den letzten Lebensjahren von Karl Marx gehört haben.

Auf dieses Erbe läßt sich unter anderem auch die Weitsicht und Cleverness der heutigen Verteidiger 'der' Ukraine gegen die großrussische Übermacht zurückführen, die eigentlich nichts anderes wollen, als ihr Ding zu machen und dabei von den Moskowitischen Steuereintreibern in Ruhe gelassen zu werden. Das ist allein schon deshalb nicht möglich, weil die geschichtslosen Moskowiter ihre entscheidenden historischen Wurzeln im Hauptquartier der mongolischen Eroberer zu suchen haben, auf die die Völker und Nationen Rußlands aber ebensowenig Bock haben wie auf die doitschen Kreuzritter, woraus sich die enge Beziehung zwischen dem heutigen absolut notwendigen Widerstand gegen den großrussischen *Empirialismus* (plus Putins *russkyj mir*) ergeben müßte, die in diesem BLogbuch noch äußerst unzureichend angedeutet wird. Für die Ukrainer dagegen ein ausgenommen mobilisierendes Erbe, wie der Film Alexander Newski, wenn er gegen den Strich gebürstet wird – und die Kiewer Rus und der Nowgoroder Alexander Newski nicht mehr problemlos dem *russkyj mir* zugeschlagen und beides nicht mehr von den Moskauer Mongolen-Knechten in Beschlag genommen würde, ergo: der russisch-ukrainische Gegensatz als Systemgegensatz auf seinen Begriff gebracht wird.

Gegen diesen allein *historisch lösbaeren* Widerstreit, zu dem sich Ukrajina seit dem Auftreten der Moskauer Fürsten im 13. Jahrhundert und den von ihnen den Mongolen-Khans abgesehenen *empirialistischen* Weltherrschaftsansprüchen, im Widerstand befindet, hat sie bei allen seither auftretenden inneren Widersprüchen nie die Absicht aufgegeben, in der Nachfolge Nowgorods und der Kiewer Rus, und trotz der schwierigen Verhältnisse, deren auseinanderstrebende Elemente wegen ihrer unter der Moskauer Herrschaft als unüberwindlich auftretenden feudalen Wurzeln schwer in den Griff zu bekommen waren – was allein schon deshalb nicht gelingen konnte, weil Moskau sein Imperium gegen jegliche von

ihm nicht kontrollierbare kapitalistische Entwicklung abgedichtet hatte – bietet sich 'der' Ukraine spätestens seit der Öffnung der Sowjetunion (1989) die einmalige Chance, gemeinsam mit dem anti-empirialistischen Westen die orientalische Despotie der Axe abzuschütteln. Dagegen hat der russische Großmeister in der Entwicklung von Techniken bei der Herstellung von geheimdienstlichen und politischen Zwickmühlen, und gerade weil unter ihm als Faß ohne Boden ein tiefes Loch der Geschichtslosigkeit gähnt, das er mit dem historisch erkünstelten *russskyj mir* vergeblich zu füllen versucht, dagegen hat Putin historisch keine Chance, sich gegen die 'westlich' demokratische Ukraine durchzusetzen, solange die 'westliche' Demokratie von Ukrajina mit Zähnen und Klauen verteidigt wird.

Von daher erklärt sich auch die kaum zu bremsende Wut des orientalischen Despoten im Kreml gegen die Feinde seines 'Systems'. Aber dieses Spiel durch das Aufstellen neuer Zwickmühlen fortzusetzen oder gar zu verfeinern, hat Putin, der Spieler, durch seinen faschistischen Krieg gegen Ukrajina gewaltsam beendet und darin auch jeden Anspruch verwirkt, am Großen Rad des 'westlich' dominierten Weltmarkts mit zu drehen und in das 'globale' Perpetuum mobile einbezogen zu werden, auch wenn er es eines Tages über sich brächte, mit den historischen Erben der Kiewer Rus zu einem Ausgleich zu gelangen.

Für die heutige Ukraine könnte sich dagegen die ständisch-demokratische Konstitution des Stadtstaats von Weliki Nowgorod als wichtige und vielleicht sogar entscheidende Zukunftsvision für die Verteidigung der ukrainischen Nation herausstellen, was u.a. an den Formen, in denen sich das Land bisher gegen die russischen Orks verteidigt hat, von außen zu erahnen ist. Zu diesem Erbe gehört, wie wir sahen, schließlich auch die siegreiche Schlacht der Nowgoroder auf dem Peipussee, deren rein militärisches Prestige – Peipussee, aber ohne Nowgorod! – Moskau meinte dem ukrainischen Erbe entreißen zu können, um es dem Großen Vaterländischen Krieg, in Wirklichkeit aber dem *russskyj mir* einzuverleiben.

Zum Schluß der Hinweis auf den Aufsatz von

Karl Marx:

Die Geschichte der Geheimdiplomatie des 18. Jahrhunderts. Über den asiatischen Ursprung der russischen Despotie, Westberlin 1977,

worin die engen Beziehungen der Moskauer Herrscher zu den mongolischen Khans von allen Seiten, vor allem aber politisch durchleuchtet werden. Dieser Aufsatz liefert eine hervorragende Erklärung für die asiatischen Wurzeln der russischen Selbstherrschaft, die deutlich macht, daß wer sich mit der Bienenkönigin einläßt, nur deshalb noch nicht tot ist, weil er noch gebraucht wird, während nur der Selbstherrscher weiß, wann das sein soll...

Fest steht, daß die Einbeziehung dieser Analyse in die gängige Kritik der russischen Selbstherrschaft die meisten aktuellen Erklärungsversuche von vornherein sprengt. Daher dieser Hinweis, der sich für den Blogger als nützlich erweisen mag, dies aber nicht muß...!